

## Friedhofssatzung

### **Satzung der Technischen Betriebe Velbert AöR über das Friedhofs- und Bestattungswesen für die kommunalen Friedhöfe in der Stadt Velbert (Friedhofssatzung) vom 26.01.2023**

Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts, hat in seiner Sitzung am 26.01.2023 des § 4 des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz NRW) vom 17.06.2003, sowie § 7 und § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 07.1994 (GV NRW 1994 S.666), in Verbindung mit der Satzung für das Kommunalunternehmen "Technische Betriebe Velbert AöR", der Stadt Velbert vom 18.12.2006 (Abl. Nr. 32 der Stadt Velbert vom 29.12.2006 S. 2-13) - jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung - diese Satzung beschlossen:

#### **Inhaltsübersicht**

##### **I Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 Aufhebung der Benutzung, Schließung und Entwidmung
- §2a Schließung des kommunalen Waldfriedhofs und damit verbundene Sonderregelungen

##### **II Ordnungsvorschriften**

- § 3 Öffnungszeiten der Friedhöfe
- § 4 Verhalten auf den Friedhöfen
- § 5 Gewerbetreibende

##### **III Bestattungsvorschriften**

- § 6 Bestattungszeiten
- § 7 Allgemeines
- § 8 Säрге und Urnen
- § 9 Ausheben der Gräber
- § 10 Ruhezeit und Belegung
- § 11 Ausgrabungen und Umbettungen

##### **IV Grabstätten**

- § 12 Allgemeines
- § 13 Nicht anonyme Erdreihen- und Urnenreihengrabstätten
- § 14 Anonyme Erdreihen- und Urnenreihengrabstätten
- § 15 Aschenstreu Feld und Baumhain
- § 16 Erdwahlgrab- und Urnenwahlgrabstätten
- § 17 Ehrengabstätten
- § 18 Bestattung von Tot- und Fehlgeburten sowie Leibesfrüchten aus Schwangerschaftsabbrüchen

##### **V Gestaltung der Grabstätten**

- § 19 Gestaltungsgrundsatz
- § 20 Abteilungen mit allgemeinen und besonderen Gestaltungsvorschriften

##### **VI Grabmale, Einfassungen und bauliche Anlagen**

- § 21 Abteilungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften
- § 22 Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften
- § 23 Besondere Grabmale
- § 24 Genehmigungsverfahren
- § 25 Anlieferung
- § 26 Fundamentierung und Befestigung

§ 27 Unterhaltung

§ 28 Vorzeitige Entfernung

### **VII Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

§ 29 Gestaltungsgrundsätze

§ 30 Vernachlässigung der Pflege bzw. der Gestaltung von Grabstätten

§ 31 Abteilungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften

§ 32 Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften

### **VIII Ablauf und Rückgabe von Rechten an Grabstätten**

§ 33 Ablauf von Rechten an Wahlgrabstätten

§ 34 Ablauf von Rechten an Reihengrabstätten

§ 35 Abräumen

### **IX Leichenzellen und Trauerfeiern**

§ 36 Benutzung der Leichenzellen

§ 37 Trauerfeiern

### **X Schlußvorschriften**

§ 38 Alte Rechte

§ 39 Haftung

§ 40 Gebühren

§ 41 Ordnungswidrigkeiten

§ 42 Inkrafttreten

# **I** **Allgemeine Vorschriften**

## **§ 1**

### **Geltungsbereich und Friedhofszweck**

- (1) Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Velbert gelegenen kommunalen Friedhöfe:
  - a) Waldfriedhof,
  - b) Friedhof Rottberg,
  - c) Friedhöfe Langenberg (ehemaliger Kommunalfriedhof und ehemaliger ev. Friedhof), mit Ausnahme der Friedhofskapelle an der Friedhofstraße,
  - d) und Nordfriedhof
- (2) Friedhofsträger ist die Technische Betriebe Velbert AöR.
- (3) Die Friedhöfe bilden eine einheitliche, nichtrechtsfähige Anstalt des Friedhofsträgers.
- (4) Die Friedhöfe dienen der Gewährleistung der letzten Ruhe der Toten durch Bestattung (Einbringung in eine Erdgrabstätte) oder Beisetzung (Aufbewahrung der sterblichen Überreste in sonstiger Weise, insbesondere Einbringung der Totenasche in ein Urnengrab), die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Velbert waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte auf einem der Friedhöfe nach Absatz 1 innehatten.
- (5) Die Bestattung oder Beisetzung anderer Toter als derjenigen im Sinne des Absatzes 4 bedarf der Zustimmung des Friedhofsträgers. Die Zustimmung kann im Rahmen der Belegungskapazitäten erteilt werden.

## **§ 2**

### **Aufhebung der Benutzung, Schließung und Entwidmung**

- (1) Der Friedhofsträger kann die Friedhöfe ganz oder zum Teil sowie einzelne Grabstätten ihrer Benutzung entziehen und sperren (Schließung), einer anderen Verwendung zuführen (Entwidmung), oder einzelne Grabstätten einer anderen Grabart zuführen (Nachfrageanpassung).
- (2) Schließung und Entwidmung sind öffentlich bekannt zu geben. Der Nutzungsberechtigte erhält außerdem eine gesonderte Mitteilung, wenn der Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist. Die Mitteilung soll Hinweise auf die Möglichkeit zur Umbettung und auf mögliche Umbettungstermine enthalten.
- (3) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen und Beisetzungen ausgeschlossen. Soweit durch die Schließung das Recht auf weitere Bestattungen und Beisetzungen in Wahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungs- oder Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. <sup>3</sup>Im Fall des Satzes 2 kann der Totenfürsorgeberechtigte mit schriftlicher Zustimmung des Nutzungsberechtigten die Umbettung von Toten aus der geschlossenen Wahlgrabstätte auf Kosten des Friedhofsträgers verlangen. Satz 3 gilt nicht, wenn der Umbettung ein erhebliches öffentliches Interesse entgegensteht. Ein erhebliches öffentliches Interesse im Sinne des Satzes 4 besteht insbesondere, wenn die Umbettung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung verursachen würde. Im Fall des Satzes 4 zahlt der Friedhofsträger an den Nutzungsberechtigten eine Entschädigung in Geld. Die nach Satz 6 zu zahlende Entschädigung beträgt zehn Prozent der zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Schließung für eine einzelne Wahlgrabstätte der erworbenen Art festgesetzten Grabnutzungsgebühr.

- (4) Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofes als Ruhestätte der Toten verloren. Die bereits Bestatteten oder Beigesetzten werden, falls die Ruhezeit bei Reihengrabstätten, bzw. die Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten des Friedhofsträgers in andere Grabstätten umgebettet.
- (5) Alle Ersatzgrabstätten gem. Abs. 3 und 4 sind vom Friedhofsträger kostenfrei in ähnlicher Weise wie die bisherigen Grabstätten aus Schließung und Entwidmung herzurichten. Die Ersatzgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungs - bzw. Verfügungsrechtes.

## **§ 2a**

### **Schließung des kommunalen Waldfriedhofs und damit verbundene Sonderregelungen**

- (1) Schrittweise wird der kommunale Waldfriedhof ab 2015 in eine vertragliche Außerdienststellung (Schließung) zum 01.01.2050 überführt.
- (2) Ab dem 01.05.2015 ist deshalb auf dem Waldfriedhof kein Neuerwerb mehr von Nutzungsrechten an Wahl-u. Urnenwahlgrabstätten möglich. Ebenso werden auf dem Waldfriedhof ab dem 01.05.2015 keine neuen Doppelreihengrabstätten im Rasenfeld zur Verfügung gestellt.
- (3) Ab dem 01.01.2025 ist auf dem Waldfriedhof der Neuerwerb bei allen Grabarten grundsätzlich ausgeschlossen. Die Verlängerung oder Wiedererwerb bestehender Grabrechte auf dem Waldfriedhof sind nur noch bis zum 31.12.2049 und nicht für einen über den 31.12.2074 hinausgehenden Zeitraum möglich. Bei im Jahr 2015 erworbenen Doppelreihengrabstätte im Rasenfeld auf dem Waldfriedhof ist der Wiedererwerb nach § 13 Abs. 7 dieser Satzung auf maximal 9 Jahre beschränkt, also nicht über den 31.12.2049 hinaus möglich.
- (4) Ab dem 01.01.2050 können auf dem Waldfriedhof keine Bestattungen mehr vorgenommen werden.

## **II**

### **Ordnungsvorschriften**

## **§ 3**

### **Öffnungszeiten der Friedhöfe**

- (1) Der Friedhofsträger bestimmt die Öffnungszeiten. Die fußläufigen Durchgangstore bleiben durchgehend geöffnet. Alle übrigen Tore sind während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Anlieferverkehr und die Besucher geöffnet.
- (2) Der Friedhofsträger kann das Betreten der Friedhöfe oder einzelner Teile davon aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

## **§ 4**

### **Verhalten auf den Friedhöfen**

- (1) Jeder hat die Ehrfurcht vor den Toten zu wahren und die Totenwürde sowie die Persönlichkeitsrechte von Angehörigen und Besuchern zu achten.
- (2) Jeder hat sich auf den Friedhöfen ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Weisungen des Friedhofspersonals ist Folge zu leisten.

- (3) Kinder unter 7 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (4) Es ist insbesondere nicht gestattet:
- a) das Lärmen und Spielen,
  - b) das Mitbringen von Tieren, ausgenommen angeleinte Hunde,
  - c) das Feilbieten von Waren aller Art, auch von Blumen und Kränzen und das Verteilen von Druckschriften, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Beerdigungsfeier notwendig und üblich sind,
  - d) Totengedenkfeiern und andere, nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen, ohne Genehmigung des Friedhofsträgers durchzuführen,
  - e) Den Friedhof, seine Einrichtungen, seine Anlagen, Grabstätten oder ihre baulichen Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen.
  - f) das störende Arbeiten an Grabstätten an Sonn- und Feiertagen sowie während Bestattungsfeiern auf in der Nähe befindlichen Grabstätten, die Gießpflege ausgenommen,
  - g) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen hiervon sind: Kinderwagen und Rollstühle, Fahrzeuge des Friedhofsträgers oder der für den Friedhof nach § 5 dieser Satzung angezeigten Gewerbetreibenden, Fahrzeuge der Geistlichen sowie der Fahrzeuge, für die eine Fahrgenehmigung durch den Friedhofsträger ausgestellt wurde. Das Friedhofspersonal ist berechtigt, in begründeten Einzelfällen eine einmalige Befahrung zu gestatten.
  - h) Die Durchführung von Kollekten oder anderen Spendenaufrufen auf den kommunalen Friedhöfen ist ausnahmslos für caritative und gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen zulässig. Die Sammlung ist dem Friedhofsträger durch die Antragsteller vorher schriftlich anzuzeigen.  
Im Zweifel ist ein Nachweis über die Spende zu erbringen.
  - i) ohne Zustimmung des Friedhofsträgers Film-, Ton-, Video- oder Fotoaufnahmen anzufertigen.
- (5) Abfall einzubringen und diesen nicht in den dafür vorgesehenen Behältern getrennt nach Abfallarten zu entsorgen, ebenso Fundament-Grabstein-oder Einfassungsreste auf dem Friedhof zu belassen. Gewerbetreibende haben den angefallenen Unrat bei der Grabpflege nur auf dem dafür vorgesehenen Deponieplatz (Zwischenlager), soweit während der Dienstzeit des Friedhofsträgers zugänglich, zu entsorgen.
- (6) Nicht mit einer Bestattung oder Beisetzung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung des Friedhofsträgers; sie sind spätestens eine Woche vor dem Termin in Schriftform oder elektronischer Form anzumelden.

## § 5

### Gewerbetreibende

- (1) Alle Gewerbetreibende haben dem Friedhofsträger ihre Tätigkeit auf dem Friedhof vor Beginn der erstmaligen Ausführung ihrer Arbeiten anzuzeigen. Für die Anzeige ist ein Formblatt, das bei der Friedhofsverwaltung erhältlich ist, zu verwenden. Folgende nachweise sind diesem Formblatt beizufügen
- a) Nachweis über das Bestehen einer die Tätigkeit abdeckenden Haftpflichtversicherung bei einem Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation,
  - b) Nachweis über den Eintrag in die Handwerksrolle bei zulassungspflichtigen Handwerken (z.B. Steinmetz und Steinbildhauer) bzw. bei Antragstellern der zulassungsfreien Gewerbe (z.B. Bestatter, Holzbildhauer) und handwerksähnlichen Gewerbes (z.B. Asphaltierer, Fuger) ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung (HWO) oder den Nachweis, dass selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben oder über eine vergleichbare Qualifikation verfügen,
  - c) die Gewerbeanmeldung.

Bei Gewerbetreibenden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der Europäischen Freihandelsassoziation, die vorübergehend und gelegentlich in einem zulassungspflichtigen Handwerk tätig sind, ist anstelle der Nachweise zur Handwerksrolle eine Eingangsbestätigung gemäß § 9 Abs. 3 der EU/EWR-Handwerk-Verordnung (EU/EWR HwV) vorzulegen. Alle Nachweise müssen zumindest in Kopie beigelegt werden; § 26 Abs. 4 bleibt unberührt.

Die Gewerbetreibenden sind verantwortlich im Sinne der Satzung für die Zuverlässigkeit und fachliche Qualifikation der von Ihnen beauftragten Dritten, sowie deren Belehrung über die Friedhofssatzung.

- (2) Alle Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen. Der Friedhofsträger ist dazu berechtigt, seine Schadensersatzansprüche per Verwaltungsakt durchzusetzen.
- (3) Unbeschadet des § 4 Abs. (4) Buchstabe f) dürfen gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen nur während der vom Friedhofsträger festgesetzten Öffnungszeiten durchgeführt werden. Die in Pflege genommenen Grabstätten sind durch ein Pflegeschild des jeweiligen Gewerbetriebes zu kennzeichnen.
- (4) Arbeitsgeräte, Material und Abfälle dürfen nur während der Arbeitsdauer an Stellen abgelegt werden, an denen sie Dritte nicht behindern. Die Gewerbetreibenden dürfen nach Beendigung ihrer Arbeiten auf den Friedhöfen keinerlei Abfall, -Abraum, -Rest und Verpackungsmaterial ablagern, § 4 Abs.5 bleibt davon unberührt.
- (5) Zur Ausübung der Tätigkeit kann das Befahren der Hauptwege im Schritttempo mit dazu geeigneten Fahrzeugen auf Antrag gestattet werden. Es wird eine gebührenpflichtige Fahrerlaubnis ausgestellt, die ein Jahr Gültigkeit hat und danach erneuert werden kann. Gewerbetreibende, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen des Bestattungs- u. Beisetzungsbetriebes auf dem Nordfriedhof tätig sind, dürfen zudem auf dem Betriebshof des Nordfriedhofs auf den markierten Flächen parken. Außerhalb dieser Flächen ist ein kurzes Halten zum Be- u. Entladen erlaubt.
- (6) Der Friedhofsträger kann ein Tätigkeitsverbot auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Verwaltungsakt verhängen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass ein Gewerbetreibender in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht unzuverlässig ist, Von der Unzuverlässigkeit ist insbesondere auszugehen, wenn
  - a) die Voraussetzungen nach Abs. 1 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind,
  - b) nach der Satzung vorzulegende Anträge vor einem Tätigwerden gar nicht gestellt sind
  - c) Grabmale, Einfassungen ggfls. mit Eckbereichen und bauliche Anlagen ohne Genehmigung oder ohne Einweisung eingebracht werden,
  - d) bei der Ausführung der Fundamentierung und/oder der Bemaßung und der Befestigung sich nicht an die in den Anträgen genannten Daten gehalten wird,
  - e) nicht korrekt dimensionierte Abmessungen von sicherheitsrelevanten Bauteilen in den Anträgen benennt,
  - f) bei der Einbringung von Natursteinen falsche Angaben zur Herkunft gemacht werden oder die Steine ohne die notwendigen Zertifikate einer Zertifizierungsstelle einschließlich der unveränderlichen Siegel oder mit den notwendigen Zertifikaten, jedoch ohne die unveränderlichen Siegel eingebracht werden.

Bei besonderer Eilbedürftigkeit kann der Friedhofsträger ein vorläufiges Tätigkeitsverbot auch auf anderem Wege verhängen.

### **III** **Bestattungsvorschriften**

## **§ 6 Bestattungszeiten**

- (1) Trauerfeiern in den Friedhofskapellen und Bestattungen bzw. Beisetzungen finden an Werktagen zu folgenden Anfangszeiten in stündlichen Abständen, ausnahmsweise auch halbstündlich, statt:
  - a) Montag bis Donnerstag 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr
  - b) Freitag 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr
  - c) Samstags 9.00 Uhr und 11.00 Uhr
- (2) An Sonn- und Feiertagen finden grundsätzlich keine Bestattungen statt.

## **§ 7 Allgemeines**

- (1) Beerdigungen finden statt in Form von Erdbestattungen oder Aschenbeisetzungen nach dem Willen des Verstorbenen, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet hatten und nicht geschäftsunfähig waren und dies im Rahmen der satzungsgemäßen Regelungen bezüglich der Grabart möglich ist. Liegt keine entsprechende Willensbekundung vor, so entscheiden die Bestattungspflichtigen in der Rangfolge gem. § 8 Abs. 1 des Bestattungsgesetzes NRW oder die entsprechend örtliche Ordnungsbehörde. Für die Beisetzung im Aschenstreuelfeld gelten die Bestimmungen des § 15 dieser Satzung.
- (2) Beerdigungen sind beim Friedhofsträger unter Nennung eines Termins telefonisch anzumelden. Alle für den Bestattungsvorgang erforderlichen Unterlagen in der jeweils gültigen Version sind vom Antragsteller oder von den für ihn handelnden Personen vollständig und in einem Vorgang dem Friedhofsträger spätestens 48 Stunden vor dem Termin einzureichen, alle für den Beisetzungs- oder Trauervorgang erforderlichen Unterlagen in der jeweils gültigen Version sind vollständig und in einem Vorgang spätestens 24 Stunden vor dem Termin einzureichen. Die Unterlagen, insbesondere der Bestattungsantrag einschließlich der Anlagen ist, wenn der Friedhofsträger nichts Anderes festgelegt hat, vom Antragsteller grundsätzlich eigenhändig zu unterschreiben, es sei denn, es wird dem Friedhofsträger ein Nachweis über die Vertretungsmacht mit den Unterlagen vorgelegt. Samstage, Sonntage, Feiertage und sonstige Tage, an denen die Verwaltung geschlossen ist, sind bei diesen Fristen nicht zu berücksichtigen. Liegen diese Unterlagen nicht vor, so findet der Termin ohne gesonderte Absage durch die Verwaltung nicht statt. Die Unterlagen sind als Original (keine Ablichtungen) oder als amtlich beglaubigte Kopie vollständig und in einem Vorgang spätestens bis zum 10ten Tag des Folgemonats des Bestattungs-/Beisetzungs-/Trauervorgangs der Verwaltung vorzulegen. Die Unterlagen sind im Falle einer ausgestellten Bestattungsgenehmigung durch die Sterbefallbescheinigung oder die Sterbeurkunde nach Ausstellung dieser unverzüglich zu ergänzen und als Original einzureichen.
- (3) Wenn Behörden, die Beurkundungen oder Genehmigungen zu Sterbefällen ausstellen, zu sonst üblichen Öffnungszeiten geschlossen sind (z.B. aufgrund von Betriebsferien), kann der Friedhofsträger eine Abweichung von § 7 Abs. 2, Satz 2 für einen befristeten Zeitraum festlegen. Über eine entsprechende Regelung werden alle Beteiligten rechtzeitig informiert.
- (4) Der Friedhofsträger setzt unter größtmöglicher Berücksichtigung der Wünsche im Einvernehmen mit dem Antragsteller Ort und Beginn der Bestattung/Beisetzung und/oder Trauerfeier fest. Reservierungen sind nicht möglich.
- (5) Erdbestattungen dürfen frühestens achtundvierzig Stunden nach Eintritt des Todes vorgenommen werden. Erdbestattungen oder Einäscherungen müssen innerhalb von zehn Tagen durchgeführt werden. Urnen und deren Totenasche müssen innerhalb von sechs Wochen

nach Einäscherung auf dem Friedhof beigesetzt werden. Die örtliche Ordnungsbehörde kann auf Antrag von hinterbliebenen Personen oder deren Beauftragten sowie im öffentlichen Interesse diese Fristen verlängern. Die Friedhofsträger sind die Verlängerungen schriftlich mitzuteilen. Die Einäscherung ist durch die entsprechende Bescheinigung des Krematoriums zu belegen. Die Hinterbliebenen oder ihre Beauftragten haben die ordnungsgemäße Beisetzung innerhalb von sechs Wochen nach Aushändigung der Urne durch das Krematorium nachzuweisen. Der Nachweis kann auf Antrag gegen Gebühr beim Friedhofsträger angefordert werden.

- (7) Urnen, die über die Friedhofsverwaltung eingeliefert und abgegeben werden, sind zusammen mit den Originalunterlagen vollständig und in einem Vorgang spätestens 2 Werktage vor Ablauf der Beisetzungsfrist an die Friedhofsverwaltung zu übergeben.

## **§ 8 Särge und Urnen**

- (1) Unbeschadet der Regelung des § 15 (Aschenstreu Feld) sind Beerdigungen in Särgen, oder Urnen vorzunehmen. Ausnahmsweise kann der Friedhofsträger auf Antrag die Bestattung ohne Sarg gestatten. Der Transport innerhalb des Friedhofs muss immer in einem geschlossenen Sarg erfolgen.
- (2) Säрге sind aus Holz oder einem anderen nicht schwervergänglichen Stoff zu verwenden. Sie müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit oder durch anderen Befall, wie Insekten (z.B. Maden) soweit wie möglich ausgeschlossen ist. Die Innenausstattung und -ausschmückung der Särge darf nur mit verrottbarem Material erfolgen; keine Kunststofftextilien, keine unverrottbaren Blumen und ähnliches. Die Verwendung von umweltschädlichen Mitteln (z. B. Paradichlorbenzol) ist nicht gestattet.
- (3) Die Eigenschaften von Urnen und Überurnen dürfen nicht zu einer nachteiligen Veränderung der chemischen, physikalischen oder biologischen Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers führen.
- (4) Säрге für Verstorbene vor Vollendung des 5. Lebensjahres dürfen die Höchstmaße von 1,20 m x 0,60 m x 0,80 m (L x B x H) nicht überschreiten.  
Bei Särgen für Verstorbene nach Vollendung des 5. Lebensjahres gelten die Höchstmaße von 2,05m x 0,75 m x 0,80 m (L x B x H).  
Sind in Ausnahmefällen größere Säрге erforderlich, ist die Zustimmung des Friedhofsträgers bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen. Ist bei Verstorbenen vor Vollendung des 5. Lebensjahres ein größerer Sarg erforderlich, so erfolgt die Bestattung in Grabstätten für Verstorbene nach Vollendung des 5. Lebensjahres.
- (5) Säрге, die in die Leichenzellen eingeliefert werden, sind mit dem Namen des Verstorbenen zu kennzeichnen und müssen bei Vorliegen von ansteckenden Krankheiten einen entsprechenden Hinweis tragen.
- (6) Für die Feuerbestattung gelten die besonderen gesetzlichen Bestimmungen des § 15 des Bestattungsgesetzes NRW.

## **§ 9 Ausheben der Gräber**

- (1) Die Gräber werden durch den Friedhofsträger ausgehoben und wieder verfüllt. Dabei werden abweichende Grundsätze und Regelungen von Glaubensgemeinschaften und Weltanschau-

ungen berücksichtigt, wonach die Gräber auch durch Angehörige der Glaubensgemeinschaften und anderer Weltanschauungen in Absprache mit dem Friedhofsträger selbst symbolisch teilweise verfüllt werden können.

- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante
  - a) des Sarges bei Verstorbenen vor Vollendung des 5. Lebensjahres 0,70 Meter,
  - b) des Sarges bei Verstorbenen nach Vollendung des 5. Lebensjahres 1,00 Meter;
  - c) einer Urne 0,50 Meter
- (3) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 Meter starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Zwecks Aushebung der Gräber sind die Nutzungsberechtigten bei vorhandenem Nutzungsrecht verpflichtet, die Grabstätte rechtzeitig, spätestens 48 Stunden bei Erdbestattungen bzw. 24 Stunden bei Urnenbeisetzungen, vorher von Pflanzen und weiterem Grabzubehör incl. des vorhandenen Grabmals und/oder ggfls. Einfassungen oder sonstiger baulicher Anlagen abzuräumen. Anderenfalls wird dies auf Gefahr und auf Kosten des Nutzungsberechtigten durch den Friedhofsträger ausgeführt.

## **§ 10 Ruhezeit und Belegung**

- (1) Die Ruhezeit für Leichen und Aschenreste in Urnen beträgt:
  - a) bei vor Vollendung des 5. Lebensjahres Verstorbenen 15 Jahre,
  - b) bei nach Vollendung des 5. Lebensjahres Verstorbenen 25 Jahre,
  - c) bei Tot- und Fehlgeburten sowie Leibesfrüchten aus Schwangerschaftsabbrüchen 15 JahreFür die Ausstreuung der Aschenreste im Aschenstreuelfeld, gem. § 15 dieser Satzung, werden keine Ruhefristen festgesetzt.
- (2) In einer Grabstelle darf mit Ausnahme des Absatzes 3 nur eine Leiche bzw. die Asche eines Verstorbenen beigesetzt werden.
- (3) Es ist jedoch gestattet, eine mit ihrem Kind verstorbene Wöchnerin oder zwei gleichzeitig verstorbene Geschwister unter einem Lebensjahr oder gleichzeitig verstorbenem Kind unter einem Lebensjahr mit einem Familienangehörigen in einem Sarg oder einer Urne zu bestatten bzw. beizusetzen.
- (4) In einer Wahlgrabstelle für Erdbeisetzungen können außer einem Sarg zusätzlich bis zu 2 Urnen beigesetzt werden.
- (5) In einer 2-stelligen Grabstätte im Rasenfeld mit Steinplatte für Erdbestattungen kann anstatt eines Sarges auch eine Urne auf eine der beiden Grabstellen beigesetzt werden.

## **§ 11 Ausgrabungen und Umbettungen**

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Die Genehmigung der örtlichen Ordnungsbehörde zur Ausgrabung und/oder Umbettung erfolgt nur auf Antrag des zur vollen Kostentragung verpflichteten Totenfürsorgeberechtigten und – falls jener nicht der Nutzungs-bzw. Verfügungsberechtigte ist, - mit dessen schriftlicher

Zustimmung. Vor abschließender Genehmigung der Ordnungsbehörde nach dem Bestattungsgesetz NRW (BestGNRW) ist die Zustimmung des Friedhofsträgers notwendig.

- (3) Vor Ablauf der Ruhezeit kann die Zustimmung nur erteilt werden, wenn wichtige Gründe vorliegen. Ein für das Vorliegen eines wichtigen Grundes sprechender Umstand ist das zu Lebzeiten erklärte und erst nach der Bestattung oder Beisetzung bekannt gewordene Einverständnis des Toten zur Umbettung oder wenn das öffentliche Interesse die Umbettung oder Ausgrabung gebietet. Die Befugnisse des Friedhofsträgers zu Schließung und Entwidmung des Friedhofs sowie von Friedhofsteilen bleiben davon unberührt.
- (4) Nach Ablauf der Ruhezeit kann die Genehmigung zur Umbettung in eine andere Grabstätte auf dem gleichen Friedhof oder einem anderen Friedhof in Velbert einmalig auch dann erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht erfüllt sind. In diesem Fall darf nur die Umbettung in eine neue Wahlgrabstätte, soweit vorhanden, und bei laufendem Nutzungsrecht mit schriftlicher Einwilligung des eingetragenen Nutzungsberechtigten erfolgen. Im Fall einer bereits vorhandenen Wahlgrabstätte bedarf es keiner Verlängerung des Nutzungsrechtes an dieser Wahlgrabstätte. In allen anderen Fällen ist nach Ablauf der Ruhezeit eine Umbettung nur nach den Voraussetzungen gemäß Absatz 3 zulässig.
- (5) Alle Ausgrabungen und Umbettungen werden vom Friedhofsträger durchgeführt. Dieser bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (6) Vor Durchführung der Ausgrabung und/oder Umbettungen ist die Grabstätte rechtzeitig von Pflanzen und weiterem Grabzubehör incl. des vorhandenen Grabmals, Einfassung und baulicher Anlage vom Nutzungsberechtigten bzw. Verfügungsberechtigten abzuräumen. Anderenfalls wird dies auf Gefahr und auf Kosten des Nutzungsberechtigten durch den Friedhofsträger ausgeführt. Die Kosten der Ausgrabung und Umbettung sowie den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung und/oder Ausgrabung zwangsläufig entstehen, hat der Antragsteller zu tragen, soweit sie notwendig aufgetreten sind oder der Friedhofsträger nicht grob fahrlässig bzw. vorsätzlich gehandelt hat. § 2 Abs (3) und Abs. (4) bleiben hiervon unberührt.
- (7) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Ausgrabungen und Umbettungen aus einem anonymen Erdreihen- oder Urnenreihengrab sind nicht zulässig.
- (9) Ausgrabungen und Umbettungen aus einer Erd- oder Urnenreihengrabstätte in eine andere Erd- oder Urnenreihengrabstätte innerhalb der kommunalen Friedhöfe in Velbert sind nicht zulässig. §2 Abs. (3) und (4) bleiben hiervon unberührt.
- (10) Eine Umbettung bedingt keine Gebührenrückforderung bei gleichzeitiger Rückgabe/Kündigung von nicht in Anspruch genommenen Grabrechten bis zum eigentlichen Ablauf der Grabstätte.
- (11) Zu anderen als zu Umbettungszwecken dürfen Tote nur aufgrund behördlicher und richterlicher Anordnung ausgegraben werden. Umlegungen, die innerhalb der gleichen Grabstätte aus Anlass einer weiteren Bestattung oder Beisetzung oder auf Betreibenden des Friedhofsträgers innerhalb des Friedhofs durchgeführt werden, gelten nicht als Ausgrabung eines Toten im Sinne des Satzes 1.

#### IV Grabstätten

## § 12 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach Maßgabe dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in:
  - a) Reihen- und Wahlgrabstätten für Erdbestattungen,
  - b) Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstätten für Aschenbeisetzungen,
  - c) anonyme Reihengrabstätten für Erdbestattungen,
  - d) anonyme Urnenreihengrabstätten für Aschenbeisetzungen,
  - e) Grabstätten für Angehörige des islamischen Glaubens,
  - f) Kriegsgräber,
  - g) Ehrengrabstätten
  - h) Aschenstrefeld zur Verstreuung der Aschenreste als besondere Form einer Urnenbeisetzung
  - i) 1- und 2-stellige Grabstätten im Rasenfeld mit Steinplatte für Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen,
  - j) 1- und 2-stellige Urnenreihengrabstätten im Baumhain.
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb oder Wiedererwerb von Nutzungs- oder Verfügungsrechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Der Friedhofsträger legt für die Bestattung/Beisetzung die genaue Lage im Grabverband unter Berücksichtigung der bisherigen Nutzung fest. Wünsche der Angehörigen können dabei berücksichtigt werden.
- (4) Reihengrabstätten werden nur im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme (Bestattung / Beisetzung) abgegeben.
- (5) Rechte an Grabstätten können von natürlichen Einzelpersonen, Personengemeinschaften oder juristischen Personen erworben werden. Der jeweilige Berechtigte ist verpflichtet, die gültige Meldeanschrift, sowie nach Möglichkeit weitere Kontaktdaten, wie z.B. die Telefonnummer oder E-Mail-Adresse und Änderungen dazu anzugeben, ebenso sind Änderungen, die die praktische Ausübung des Grabrechts betreffen (z.B. Betreuung, Vorsorgevollmacht, Ansprechpartner etc.) mitzuteilen. Für Nachteile, die ihm aus der Unterlassung entstehen, ist der Friedhofsträger nicht ersatzpflichtig. Ein Erwerb zu gewerblichen Zwecken ist unzulässig. Der Friedhofsträger kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn
  - dies im wirtschaftlichen Interesse des Trägers liegt
  - oder dadurch die Belegungsdichte einzelner Grabfelder verbessert wird.

Der Friedhofsträger behält sich zudem das Recht vor, Grabrechte nur für pflegefreie Grabarten zu erteilen, wenn offensichtlich ist, dass die Ausübung des satzungskonformen Grabrechts bei pflegepflichtigen Grabarten durch die jeweils genannten Personengruppen nach Satz 1 nicht gewährleistet ist.

Für die ab 01.01.2018 erstmalig erworbenen pflegepflichtigen Grabarten, kann der Friedhofsträger bei Nichterfüllung der Obliegenheiten nach § 16 Abs. 7 weitere Bestattungen / Beisetzungen in der betreffenden Grabstätte ablehnen, wenn sich nicht bis zum Tag der Beerdigung ein Nachfolger für das Grabrecht schriftlich erklärt hat.

Miterben und Personengemeinschaften haben einen Gesamtbevollmächtigten zu benennen. Solange dies nicht geschieht, gelten Mitteilungen und Erklärungen des Friedhofsträgers, die an ein der Verwaltung bekanntes Mitglied der Personengemeinschaft bzw. Miterben gerichtet sind, auch für alle Übrigen. Wenn Streitigkeiten über die Verwendung oder Gestaltung einer Grabstätte oder eines Grabmales, Einfassungen oder sonstigen baulichen Anlagen bestehen, kann der Friedhofsträger bis zum Nachweis einer gütlichen Einigung oder rechtskräftigen Entscheidung eines Gerichtes jede Benutzung der Grabstätte versagen oder sonstige Zwischenregelungen treffen.

- (6) Das Nutzungs- bzw. Verfügungsrecht kann entzogen werden, wenn die in der Friedhofsgebührensatzung festgesetzten Gebühren nicht entrichtet werden. Die Entziehung des Grabrechtes setzt voraus, dass die Beitreibung der Gebühren im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens erfolglos durchgeführt worden ist. Vor dem Entzug ist der jeweilige Nutzungs- oder Verfügungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die ausstehenden Forderungen zu begleichen.
- In dem Entziehungsbescheid ist der jeweilige Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigte aufzufordern, die Grabstätte vollständig innerhalb von 3 Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides abzuräumen.
- Sofern die Grabstätten durch den Friedhofsträger abzuräumen und/oder einzuebnen und einzusäen sind und die anschließende Pflege bis zum Ablauf der Ruhezeit bzw. Nutzungszeit durch den Friedhofsträger durchgeführt wird, hat der jeweilige Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigte hierfür die Kosten zu tragen.
- Ist der jeweilige Verantwortliche nicht bekannt und nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, so erfolgt anstelle der schriftlichen Aufforderung ein erneuter öffentlicher Aushang von 3 Monaten und die Kennzeichnung durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte, sich bei dem Friedhofsträger zu melden. In dem öffentlichen Aushang wird auf die Rechtsfolgen gemäß diesem Absatz hingewiesen. Anschließend kann der Friedhofsträger entschädigungslos die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen. Grabmale, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen werden entschädigungslos beseitigt.
- Ein Anspruch auf Wiedereinsetzung in das Nutzungs- bzw. Verfügungsrecht besteht nach dem Entzug nicht mehr. Sollte das Grabrecht trotzdem wieder zuerkannt werden, weil die Forderungen mittlerweile beglichen worden sind und der Grabberechtigte die Grabstätte somit behalten möchte, sind alle Regelungen dieser Satzung erneut zu beachten.
- (7) Jegliche Veränderung der Nutzungs- bzw. Verfügungsrechte an Grabstätten bedürfen der Zustimmung des Friedhofsträgers.

### § 13

#### Nicht anonyme Erdreihen- und Urnenreihengrabstätten

- (1) Nicht anonyme Erdreihen- und Urnenreihengrabstätten sind Grabstätten, die der Reihe nach vergeben, und für die Dauer der Ruhezeit der Verstorbenen zugeteilt werden, solange keine Verlängerungen bei den in § 13 Abs. 2 e), f) u. h) festgelegten Grabfeldarten beantragt wird. Das entstandene Verfügungsrecht wird durch eine Berechtigungskarte belegt und beginnt mit dem Tag der Bestattung/Beisetzung. Der Beginn des Verfügungsrechtes ist Grundlage für die Festsetzung der Gebührenschuld. Während der Dauer der Ruhezeit ist der bei der Anmeldung der Bestattung/Beisetzung auftretende Antragsteller der Verfügungsberechtigte.
- (2) Als Grabarten werden eingerichtet:
- a) Erdgrabstätten von Verstorbenen vor Vollendung des 5. Lebensjahres,
  - b) Erdgrabstätten von Verstorbenen nach Vollendung des 5. Lebensjahres,
  - c) Reihengräber im Rasenfeld jeweils für 1-stellige Erd- / und Urnengrabstätten mit Steinplatte für Verstorbene vor Vollendung des 5. Lebensjahres,
  - d) Reihengräber im Rasenfeld jeweils für 1-stellige Erd- / und Urnengrabstätten mit Steinplatte für Verstorbene nach Vollendung des 5. Lebensjahres,
  - e) Erdreihengrabstätten für Angehöriger des islamischen Glaubens. Nach Ablauf der Grabstelle kann das Verfügungsrecht bei Erwachsenen für 25 Jahre, bei Kindern für 15 Jahre verlängert werden, deren Gräber vor dem 01.01.2014 erworben worden sind.
  - f) Reihengräber im Rasenfeld jeweils für 2-stellige Erd- und Urnengrabstätten mit Steinplatte für Verstorbene nach Vollendung des 5. Lebensjahres.

Die 2. Grabstelle ist grundsätzlich für die Bestattung/Beisetzung des Ersterwerbers der Verfügungsrechte vorgesehen. Abweichend davon darf der Ersterwerber sein Verfügungsrecht ausüben, indem er an seiner statt den hinterbliebenen Ehepartner bzw. eingetragenen Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz oder einen Verwandten ersten Grades [Eltern, Adoptiveltern, Kinder (ehelich, unehelich u. Adoptivkinder) des an erster Stelle Verstorbenen beerdigen lässt. Der Nachweis des Verwandtschaftsverhältnisses bzw. die Begründung zur Lebenspartnerschaft ist vom Ersterwerber im Form einer Heirats-/Geburts- oder Abstammungsurkunde bzw. einer entsprechenden Urkunde zur Lebenspartnerschaft unaufgefordert zu erbringen und den Unterlagen gem. § 7 Abs. 2 beizufügen.

- g) Urnenreihengrabstätten für die Beisetzungen von Aschenresten in Urnen.
  - h) Reihengräber im Baumhain jeweils für 1-stellige und 2-stellige Urnengrabstätten. Die 2. Grabstelle ist grundsätzlich für die Beisetzung des Ersterwerbers der Verfügungsrechte vorgesehen. Abweichend davon darf der Ersterwerber sein Verfügungsrecht ausüben, indem er an seiner statt den hinterbliebenen Ehepartner bzw. eingetragenen Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz oder einen Verwandten ersten Grades [Eltern, Adoptiveltern, Kinder (ehelich, unehelich u. Adoptivkinder)] des an erster Stelle Verstorbenen beisetzen lässt. Der Nachweis des Verwandtschaftsverhältnisses bzw. die Begründung zur Lebenspartnerschaft ist vom Ersterwerber im Form einer Heirats-/Geburts- oder Abstammungsurkunde bzw. einer entsprechenden Urkunde zur Lebenspartnerschaft unaufgefordert zu erbringen und den Unterlagen gem. § 7 Abs. 2 beizufügen.
- (3) Grabstätten im Rasenfeld werden für die Dauer der Ruhefrist zur Bestattung eines Sarges oder Beisetzung einer Urne bereitgestellt. Die Anlage, Pflege und Unterhaltung aller Grabstätten erfolgt während der Dauer der Ruhezeit nur durch den Friedhofsträger. Veränderungen an der Grabstätte durch den Verfügungsberechtigten sind nicht gestattet.
  - (4) Die Grabstätten im Rasenfeld werden für jede Grabstelle jeweils mit einer beschrifteten einmalig getönten Steinplatte eingerichtet. Form, Material, Größe sowie Inhalt der Beschriftung wird durch den Friedhofsträger festgelegt. Das Material der Steinplatten ist ein Naturstein. Naturbedingt können die Platten kleine bis größere Einschlüsse (Flecken) Maserungen und Adern aufweisen, die keinen Mangel am Material darstellen. Die Steinplatten werden in der Reihenfolge der eingehenden Beerdigungen durch einen von der Verwaltung beauftragten Fachbetrieb (Steinmetz- u. Steinbildhauereibetrieb) hergestellt und verlegt unter der Voraussetzung, dass die von der Verwaltung festgelegte Erklärung zur Inschrift als Anlage zum Bestattungsantrag rechtzeitig vorliegt. Die Bestellungen erfolgen nach Ablauf von 2 Monaten in der 1. Woche des Folgemonats (Bestellungen erfolgen im Januar, März, Mai, Juli, September und November). Die Steinplatten verbleiben im Eigentum des Friedhofsträgers.
  - (5) Bei einer Grabstätte im Rasenfeld ist es erlaubt in der Zeit vom 16. Oktober bis 15. März auf der Steinplatte Grabschmuck in zurückhaltender Form (wie Blumen, Pflanzgefäße höchstens in der Größe der Steinplatte, Grabkerzen, kleine Figuren) abzulegen, der jedoch spätestens am 16. März wieder zu entfernen ist. Sollten im Zeitraum 16. Oktober bis 15. März außerordentliche Pflegemaßnahmen der Anlage durch den Friedhof erforderlich sein, so übernimmt der Friedhofsträger keine Haftung für das jeweilige Entfernen oder die Beschädigung etwaigen Grabschmuckes. Der abgeräumte Dekorations-(Grab) schmuck wird bis zu 2 Wochen aufbewahrt, danach werden die Gegenstände vom Friedhofsträger entsorgt. Bereits beschädigte Gegenstände werden sofort entsorgt. In der Zeit vom 16. März bis 15. Oktober ist das Ablegen von Dekorationen nicht auf den einzelnen Grabstellen, sondern nur auf den besonders hergerichteten Plätzen innerhalb der jeweiligen Grabfelder gestattet.
  - (6) Die Verlängerung (bei der 2. Belegung) bzw. der Wiedererwerb (nach Ablauf) des Verfügungsrechts von Reihengrabstätten aller Arten ist nicht möglich, ausgenommen Grabstätten nach § 13 (2) e), f) und 2-stellige Reihengrabstätten im Baumhain gem. §13 (2) h).

- (7) Für 2-stellige Grabstätten mit Steinplatte im Rasenfeld und 2-stellige Grabstätten im Baumhain ist jeweils eine 5- bis 10-jähriger Wiedererwerb der Verfügungs-berechtigung nach Ablauf der 1. Ruhefrist und nur für den Ersterwerber der Verfügungsrechte möglich, wenn zunächst keine weitere Beisetzung erfolgen wird. Hinsichtlich des Waldfriedhofs wird auf die Sonderregelung in § 2a, Abs. 3 verwiesen. Grundlage für die Berechnung der Gebühren ist das Ablaufdatum der 1. Ruhefrist. Mit der 2. Beisetzung / Bestattung ist das Verfügungsrecht um 25 Jahre für beide Grabstellen zu verlängern. Grundlage für diese Berechnung der Gebühren ist der Tag der 2. Bestattung/Beisetzung unter Anrechnung der laufenden Ruhefrist. Nach Ablauf der zweiten Ruhefrist fällt das Verfügungsrecht an den Friedhofsträger vollständig zurück.
- (8) Auf die Pflicht zum Abräumen von gesamten Reihengrabfeldern oder nur einzelnen Reihen davon wird nach Ablauf aller Ruhezeiten vorher durch öffentliche Bekanntmachung und Aushang auf dem Friedhof hingewiesen. Bei nicht fristgerecht abgeräumten Gräbern, werden die Abräumarbeiten gem. § 35 auf Kosten der Verfügungsberechtigten durch den Friedhofsträger durchgeführt. Ist der Verantwortliche nicht bekannt und nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, oder verstorben, wird die Grabstätte vollständig abgeräumt und eingeebnet einschließlich aller Grabmale, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen. Ersatzansprüche an den Friedhofsträger können danach nicht mehr geltend gemacht werden.
- (9) Bei Reihengräbern, deren Verfügungsrecht noch läuft und sich Gründe ergeben, dieses Recht zu überprüfen, weil sich Erkenntnisse ergeben haben, dass kein Nachfolger für das Verfügungsrecht zu ermitteln ist, erfolgt der Hinweis durch öffentliche Bekanntmachung und durch einen viermonatigen Aushang auf dem Friedhof. Gleichzeitig wird durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte dazu aufgefordert, sich mit dem Friedhofsträger in Verbindung zu setzen. Bleibt jeglicher Hinweis unbeachtet, so fällt das Verfügungsrecht entschädigungslos an den Friedhofsträger zurück. Danach ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabstätte abzuräumen, einzuebnet und einzusäen, sowie die Grabmale, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen zu beseitigen. Ersatzansprüche an den Friedhofsträger können danach nicht mehr geltend gemacht werden.

#### **§ 14**

#### **Anonyme Erdreihen- und Urnenreihengrabstätten**

- (1) Anonyme Grabstätten sind in einer zusammenhängenden Rasenfläche angelegte und mit einem Gedenkstein zum Ablegen von Blumenschmuck ausgestattete Grabstätten, die für die Dauer der Ruhefrist zur Bestattung eines Sarges oder Beisetzung einer Urne bereitgestellt werden. Voraussetzung für die Zulassung einer anonymen Bestattung bzw. Beisetzung ist die Willenserklärung des Verstorbenen. Ist eine derartige Willensbekundung weder bekannt noch vorhanden, entscheiden die Bestattungspflichtigen in der Rangfolge nach § 8 BestG. Die Särge oder Urnen werden unter Ausschluss der Angehörigen und sonstiger Personen der Reihe nach bestattet bzw. beigesetzt. Die Begräbnisstelle wird nicht bekannt gegeben. Rechte an anonymen Grabstätten und Pflichten zu ihrer Gestaltung und Pflege obliegen ausschließlich dem Friedhofsträger. Das Verfügungsrecht, für welches kein weiterer Nachweis ausgestellt wird, beginnt mit dem Tage der Bestattung / Beisetzung und ist Grundlage für die Festsetzung der Gebührenschuld. Während der Dauer der Ruhezeit ist der bei der Anmeldung der Bestattung/Beisetzung auftretende Antragsteller der Verfügungsberechtigte
- (2) Als Grabfeldarten werden eingerichtet:
- a) Erdreihengrabfelder für anonyme Erdgrabstätten
  - b) Urnenreihengrabfelder mit Grabstätten für anonyme Beisetzungen von Aschenresten in Urnen

#### **§ 15**

#### **Aschenstreufeld und Baumhain**

- (1) Beisetzungen in Aschenstrefeldern und im Baumhain sind eine Sonderform der Urnenbeisetzungen.
- (2) Sie dienen der Beisetzung von Aschenresten durch Verstreuung der Asche aus Urnenbehältnissen heraus bzw. der Beisetzung von Urnen unter Bäumen. Das Aschenstrefeld ist mit einer Sammelstelle für das Ablegen von Blumen- u. Grabschmuck ausgestattet. Im Baumhain kann der Blumen- u. Grabschmuck an der zugehörigen Stele abgelegt werden. Der Friedhofsträger führt die erforderlichen Aufräumarbeiten durch. Während der Dauer der Ruhezeit ist der bei der Anmeldung der Beisetzung auftretende Antragsteller der Verfügungsberechtigte
- (3) Rechte und die Pflicht zur Gestaltung und Pflege der Grabfelder obliegen nur dem Friedhofsträger.
- (4) Das Betreten der Aschenstrefelder ist Friedhofsbesuchern nur in dem örtlich gekennzeichneten Bereich gestattet. Der Baumhain kann auf den angelegten naturnahen Wegen betreten werden.
- (5) Die Ausstreuung der Aschenreste ist nur zulässig, wenn der Verstorbene dies schriftlich bestimmt hat und dem Friedhofsträger diese Bestimmung im Original vorgelegt wird.
- (6) Die Aschenreste aus einer Urne werden entweder
  - a) unter Ausschluss der Angehörigen und sonstiger Personen (anonym) in beliebiger Anordnung durch das Friedhofspersonal ausgestreut, oder
  - b) im Beisein der Angehörigen und sonstiger Personen in beliebiger Anordnung durch das Bestattungsunternehmen ausgestreut.
- (7) Im Aschenstrefeld wird die Grablage nicht markiert.

Im Baumhain wird die Grablage der einzelnen Urnen auf Stelen aus Naturstein kenntlich gemacht, die Daten der Verstorbenen werden seitlich auf der Stele mit einem Schild gekennzeichnet.

Die Anlage, Unterhaltung und Beschriftung aller Grabstätten erfolgt während der Dauer der Ruhezeit nur durch den Friedhofsträger. Form, Material, Größe sowie Inhalt der Beschriftung werden durch den Friedhofsträger festgelegt.

Das Schild verbleibt im Eigentum des Friedhofsträgers.

- (8) Das Verfügungsrecht an einer Grabstätte im Aschenstrefeld, für welches kein weiterer Nachweis ausgestellt wird, beginnt mit dem Tage der Ausstreuung. Der Beginn des Verfügungsrechtes ist Grundlage für die Festsetzung der Gebührenschild.
- (9) Das Verfügungsrecht an einer Grabstätte im Baumhain beginnt mit dem Tage der Urnenbeisetzung. Der Beginn des Verfügungsrechtes ist Grundlage für die Festsetzung der Gebührenschild. Für das entstandene Verfügungsrecht wird eine Berechtigungskarte ausgestellt.

## § 16

### Erdwahlgrab- und Urnenwahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen im Sarg oder ohne Sarg nach Gestattung gem. § 8 Abs. 1, Satz 2 und Aschenbeisetzungen in Urnen an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage gemeinsam von dem Erwerber (Nutzungsberechtigter) und dem Friedhofsträger bestimmt wird (Ersterwerb). Darin eingeschlossen sind auch die Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten, die zur Vorsorge für spätere Bestattungen und Beisetzungen erworben werden können.

Für Angehörige des islamischen Glaubens werden ebenfalls Wahlgrabstätten für Erdbestattungen im Sarg oder Tuch bereitgestellt, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht verliehen und deren Einzellage im vorgesehenen Grabfeld für Angehörige des islamischen Glaubens gemeinsam von dem Erwerber (Nutzungsberechtigter) und dem Friedhofsträger bestimmt wird (Ersterwerb). Darin eingeschlossen sind auch Wahlgrabstätten für Erdbestattungen zur Vorsorge. Der Friedhofsträger kann den Erwerb eines Grabrechtes ablehnen, insbesondere, wenn die Schließung nach § 2 beabsichtigt ist. Für den Waldfriedhof gilt die Regelung nach § 2a, Abs. 2.

- (2) Für belegte Grabstellen innerhalb eines Grabverbandes ist erst nach Ablauf des Nutzungsrechtes aller zugehörigen Grabstellen ein erneuter Wiedererwerb zwischen 1 bis 30 Jahren möglich. Dabei können bei mehrstelligen Wahlgrabstätten auch nur einzelne Grabstellen daraus wiedererworben werden, wenn sie unmittelbar nebeneinanderliegen. Grundlage für die Berechnung des Nutzungsentgeltes ist das bisherige Ablaufdatum des Nutzungsrechtes. Für den Waldfriedhof ist der Wiedererwerb nur nach Maßgabe des § 2a Abs. 3, Satz 2 möglich. Grundsätzlich kann der Friedhofsträger den Wiedererwerb eines Grabrechtes ablehnen, insbesondere, wenn die Schließung nach § 2 beabsichtigt ist.
- (3) Für unbelegte Grabverbände ist ein Wiedererwerb zwischen 1 bis 30 Jahren jederzeit möglich. Grundlage für die Berechnung des Nutzungsentgeltes ist das bisherige Ablaufdatum des Nutzungsrechtes. Der Friedhofsträger kann den Wiedererwerb ablehnen insbesondere, wenn die Schließung nach § 2 beabsichtigt ist.
- (4) Nutzungsrecht und -zeitraum beginnen für alle Grabstellen eines Grabverbandes mit dem Tag der Bestattung/Beisetzung. Bei Grabverbänden oder Einzel-Wahlgrabstätten, die zum Zwecke der Vorsorge oder im Rahmen eines Zuerwerbs erworben werden, beginnt das Nutzungsrecht mit der Erteilung der schriftlichen Zusicherung. Der Beginn des Nutzungsrechtes ist Grundlage für die Berechnung der Gebührenschuld. Die Urkunde dient als Nachweis des Nutzungsrechtes.
- (5) Die zeitliche und inhaltliche grabverbandsbezogene Überwachung der Nutzungsrechte ist eine gemeinsame Pflicht des Nutzungsberechtigten und des Friedhofsträgers, welcher den zeitweiligen Nutzungsberechtigten auf den Ablauf vier Monate vorher schriftlich oder in elektronischer Form hinweist. Ist der Nutzungsberechtigte verstorben, oder nicht bekannt und nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, so erfolgt der Hinweis durch öffentliche Bekanntmachung und durch einen viermonatigen Aushang auf dem Friedhof. Gleichzeitig wird durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte dazu aufgefordert, sich mit dem Friedhofsträger in Verbindung zu setzen. Bleibt jeglicher Hinweis unbeachtet, so fällt das Nutzungsrecht entschädigungslos an den Friedhofsträger zurück.  
Danach ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabstätte abzuräumen, einzuebnen und einzusäen, sowie die Grabmale, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen zu beseitigen. Ersatzansprüche an den Friedhofsträger können hiernach nicht mehr geltend gemacht werden.

Diese Berechtigung gilt auch, wenn sich bei bestehendem Nutzungsrecht Gründe ergeben, die die Nutzungsberechtigung zu überprüfen, z.B. bei dem Tod des eingetragenen Nutzungsberechtigten und kein Nachfolger gem. § 16 Abs. 7 bzw. 8 bestimmt wurde oder Erkenntnisse bereits darauf schließen lassen, dass es keinen möglichen Nachfolger geben wird.

- (6) Eine Bestattung oder Beisetzung in einer Wahlgrabstätte darf nur stattfinden, wenn die erforderliche Ruhezeit die verbliebene Nutzungszeit nicht überschreitet oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der neu erforderlichen Ruhezeit für den gesamten Grabverband nachgekauft wird (Verlängerung). Derjenige, der die Grabstätte auf Antrag nachkauft, ist der dann gültige Nutzungsberechtigte, es sei denn, der bisherige Nutzungsberechtigte hat auf sein Nutzungsrecht nicht verzichtet; er hat gleichzeitig sein Einverständnis zur Bestattung bzw. Beisetzung in seiner Grabstätte schriftlich zu erklären.

- (7) Der Erwerber des Nutzungsrechts soll bei der Verleihung seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Dieser muss der Übertragung schriftlich zustimmen und muss dem Personenkreis des Absatzes 8 angehören. Die Übertragung des Nutzungsrechtes wird mit dem Tode des Erwerbers wirksam.
- (8) Wird bis zum Tode des Erwerbers keine Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:
- a) auf den überlebenden Ehegatten
  - b) auf den Lebenspartner nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft
  - c) auf die Kinder,
  - d) auf die Stiefkinder,
  - e) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter und Mütter,
  - f) auf die Eltern,
  - g) auf die Geschwister,
  - h) auf die Stiefgeschwister,
  - i) auf Erben, die nicht unter a – h aufgeführt sind.
  - j) auf Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft

Innerhalb der einzelnen Gruppen (c)–(i) wird jeweils der Älteste Nutzungsberechtigter. Dieser muss der Übertragung schriftlich zustimmen.

Mit dem Eintritt einer Person in das Nutzungsrecht entfällt ein etwaiges Eintrittsrecht einer /eines vorrangig zum Eintritt Berechtigten. Liegt innerhalb von 1 Jahr nach dem Ableben des bisherigen Nutzungsberechtigten keine Erklärung eines Berechtigten vor, erlischt das Nutzungsrecht.

Die Grabstätte wird nachfolgend durch den Friedhofsträger abgeräumt, eingeebnet und eingesät. Danach bestehen keine Ersatzansprüche gegenüber dem Friedhofsträger.

In Fällen, bei denen sich nach Ablauf eines Jahres Jemand zur Übernahme des Nutzungsrechtes bereit erklärt, kann dem durch den Friedhofsträger zugestimmt werden. Die Grabstätte ist vom neuen Nutzungsberechtigten dann innerhalb von 6 Monaten wieder in einen satzungsgemäßen Zustand zu bringen.

- (9) Der Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
- (10) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat das Recht, in der Grabstätte beigesetzt zu werden und über sonstige Beisetzungen, die Gestaltung und die Pflege der Grabstätte gemäß dieser Satzung zu entscheiden. Abweichungen davon ergeben sich aus § 12 Abs. 5, 7. Satz.

## **§ 17 Ehrengabstätten**

Die Zuerkennung, die Anlage, die Unterhaltung und die Pflege von Ehrengabstätten obliegen ausschließlich dem Friedhofsträger.

## **§ 18 Bestattung von Tot- und Fehlgeburten sowie Leibesfrüchten aus Schwangerschaftsabbrüchen**

Tot- und Fehlgeburten, sowie die aus Schwangerschaftsabbrüchen stammenden Leibesfrüchte können in allen im §12 Abs. (2), Buchstaben a) bis e) dieser Satzung genannten Grabarten bestattet oder beigesetzt werden.

## V **Gestaltung der Grabstätten**

### **§ 19 Gestaltungsgrundsatz**

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck sowie die Würde und der Charakter des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt werden. Von der Gestaltung dürfen keine nachteiligen Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung, insbesondere auf die Nachbargräber ausgehen.

### **§ 20 Abteilungen mit allgemeinen und besonderen Gestaltungsvorschriften**

- (1) Auf den Friedhöfen werden Abteilungen mit allgemeinen und Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet. Wahlgräber können sich in Abteilungen mit allgemeinen oder besonderen Gestaltungsvorschriften befinden, Reihengräber liegen ausschließlich in Abteilungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften.
- (2) Bei Erwerb von Wahlgrabstätten besteht die Möglichkeit, zwischen Grabstellen in einer Abteilung mit allgemeinen oder besonderen Gestaltungsvorschriften zu wählen. Die Abteilungen mit allgemeinen und besonderen Gestaltungsvorschriften werden örtlich durch Aushang gekennzeichnet.

Entscheidet sich der Erwerber für eine Grabstätte in einer Abteilung mit besonderen Gestaltungsvorschriften, so hat er dies durch eine Erklärung schriftlich mitzuteilen. Unterbleibt diese Erklärung, so ist es rechtlich möglich, dass der Friedhofsträger die Bestattung/Beisetzung in einer Grabstätte mit besonderen Gestaltungsvorschriften vornimmt.

- (3) Die besonderen Gestaltungsvorschriften gelten nicht für anonyme Grabfelder, Reihengräber im Rasenfeld, Aschenstrefelder oder Grabstellen im Baumhain. Hier obliegt die Gestaltung dem Friedhofsträger.

## VI **Grabmale, Einfassungen und bauliche Anlagen**

### **§ 21 Bestimmungen in Abteilungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften**

- (1) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen in Abteilungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften unterliegen unbeschadet der Bestimmungen des § 19 in ihrer Gestaltung, Material (außer Beton und jeglicher Kunststoff) - und Farbauswahl, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung keinen zusätzlichen Anforderungen.

Weitere Bestimmungen, u.a. für die Bemaßung richten sich nach den Bestimmungen des § 22, Abs. 2 a (nicht aufdringlich) und Abs.4 ,5 ab 2. Satz. , Abs. 6 und Abs. 12.

Liegesteine können flach aufgelegt sein.

Für provisorische Grabmale (z.B. einfache Holzkreuze, Tafeln, Schilder usw.) gilt §22 Abs.7.

Das Einbringen eines Grabmals und sonstiger baulicher Anlagen bedürfen der Genehmigung durch den Friedhofsträger und richtet sich nach § 24.

- (2) Für stehende und liegende Grabmale sind unter Berücksichtigung der Bruchgefahren die Mindeststärken gem. den Richtlinien für die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen zu bemessen.
- (3) Der Friedhofsträger kann im Rahmen der Genehmigung der Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen weitergehende Anforderungen verlangen, wenn dies aus Gründen der Abwehr von Unfallgefahren erforderlich ist.
- (4) Die vollständige oder teilweise Grabeinfassung aus Naturstein oder aus nicht chemisch behandeltem Holz ist als liegende Einfassung bis zu einer Breite von 20 cm oder als stehende Einfassung bis zu einer Breite von 10 cm zulässig.  
Die Materialzuschnitte müssen rechteckig oder quadratisch sein und die Materialdicke ist den statischen Erfordernissen anzupassen.  
Soweit Fundamentierungen verwendet werden, müssen diese unsichtbar bleiben und vollständig innerhalb der Grabfläche liegen.  
Eine stehende Einfassung ist waagrecht einzubauen; ihre Oberkante gemessen an der Höhe des Ausgangspunktes vorne links, darf maximal 10 cm über die angrenzende Wege- / Geländeoberfläche hinausragen.  
Liegende Einfassungen müssen höhengleich mit der Umgebung der Grabstätte eingebaut werden. Erforderliche Messpunkte an der Grabstätte müssen vor Errichtung einer Einfassung mit dem Friedhofsträger abgestimmt werden.  
Innerhalb der Einfassung dürfen zusätzlich in die jeweiligen Ecken bündig angrenzende Eckbereiche wie Stücke, Platten, Sockel errichtet werden. Sie dürfen bis max. 10 cm hoch sein und richten sich nach den Regeln gemäß § 31 Abs. 1 d) bei allgemeinen Gestaltungsvorschriften bzw. § 32 Abs. 4 bei besonderen Gestaltungsvorschriften.
- (5) Die Errichtung einer Einfassung mit oder ohne Eckbereiche gem. Abs. 4 bedarf der Genehmigung durch den Friedhofsträger und richtet sich nach § 24.
- (6) Der Friedhofsträger kann nach eigenem Ermessen in Kindergrabfeldern unter Wahrung eines ausgewogenen Gesamtbildes weitere abweichende Gestaltungen gestatten.

## § 22

### Bestimmungen in Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften

- (1) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen aus Naturstein, Holz (handwerklich / künstlerisch bearbeitete Stele) oder geschmiedeten oder gegossenen Metallen bestehen. Der Friedhofsträger kann unter Berücksichtigung der gestalterischen Wirkung auf das Umfeld auch andere Materialien zulassen. Materialien aus Beton und jeglichem Kunststoff sind nicht zulässig.  
Das Einbringen eines Grabmals und sonstiger baulicher Anlagen bedürfen der Genehmigung durch den Friedhofsträger und richtet sich nach § 24.
- (2) Die Grabmale unterliegen in ihrer Gestaltung, Materialauswahl, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung nachstehenden zusätzlichen Anforderungen:
  - a) Schriften, Ornamente und Symbole müssen gut verteilt und dürfen nicht aufdringlich sein.
  - b) Lichtbilder sind nur durch in fachmännischer Bearbeitung hergestellter fester und dauerhafter Verbindung mit dem Grabmal zugelassen.
- (3) Es sind stehende oder liegende Grabmale zulässig. Die Errichtung eines Grabmals bedarf der Genehmigung durch den Friedhofsträger und richtet sich nach § 24.

- (4) Für **stehende** Grabmale werden unter Berücksichtigung der Abmessungen der Grabstellen die folgenden Höhen (H) und Breiten (B) als Höchstmaß angenommen. Diese Höchstmaße gelten einschließlich eines etwaig gleichzeitig erstellten Sockels. Insgesamt darf die Gesamtfläche des Grabmals, ggfls. mit Sockel, nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtfläche der Grabstätte überschreiten. Weitere Abweichungen davon sind mit dem Friedhofsträger abzustimmen.
- a) Erdreihengräber für Verstorbene vor Vollendung des 5. Lebensjahres  
H= bis 100 cm, B= bis 40 cm, Sockel = max. Tiefe 40 cm.
  - b) Erdreihengräber für Verstorbene nach Vollendung des 5. Lebensjahres  
H= bis 100 cm, B= bis 50 cm, Sockel = max. Tiefe 40 cm.
  - c) Erdwahlgräber: (1-stellig)  
H= bis 140 cm, B= bis 60 cm (1-stellig), Sockel = max. Tiefe 40 cm.  
  
Bei mehrstelligen Erdwahlgräbern gilt als Höchstmaß für die Breite ein Maß von 60 cm mal Anzahl der zum Grabverband gehörenden Grabstellen. Insgesamt dürfen jedoch 240 cm nicht überschritten werden.
  - d) Urnenwahlgräber (1-stellig)  
H= bis 100 cm, B= bis cm (1-stellig), Sockel = max. Tiefe 40cm.  
  
Bei mehrstelligen Urnenwahlgräbern gilt als Höchstmaß für die Breite ein Maß von 50 cm mal Anzahl der zum Grabverband gehörenden Grabstellen. Insgesamt dürfen jedoch 150 cm nicht überschritten werden.
  - e) Urnenreihengräber:  
H = bis 90, B = bis 35 cm; Sockel = max. Tiefe 40 cm.
- (5) **Liegende** Grabmale (Liegesteine) müssen in schräger Lage angebracht werden. Unter Berücksichtigung der Abmessungen der Grabstellen werden folgende Längen (L) und Breiten (B) als Höchstmaß angenommen. Diese Höchstmaße gelten einschließlich eines etwaig gleichzeitig erstellten Sockels. Insgesamt darf die Gesamtfläche des Grabmals (ggfls. mit Sockel) nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtfläche der Grabstätte überschreiten. Weitere Abweichungen davon sind mit dem Friedhofsträger abzustimmen.
- a) Erdreihengräber für Verstorbene vor Vollendung des 5. Lebensjahres  
L= bis 50 cm, B= bis 40 cm.
  - b) Erdreihengräber für Verstorbene nach Vollendung des 5. Lebensjahres  
L= bis 50 cm, B= bis 50 cm.
  - c) Erdwahlgräber (1-stellig):  
L= bis 50 cm, B= bis 60 cm.  
  
Bei mehrstelligen Erdwahlgräbern gilt als Höchstmaß für die Breite ein Maß von 60 cm mal Anzahl der zum Grabverband gehörenden Grabstellen. Als Höchstmaß für die Länge gilt ein Maß von 60 cm mal Anzahl der zum Grabverband gehörenden Grabstellen. Insgesamt dürfen jedoch 120 cm nicht überschritten werden.
  - d) Urnenreihengräber:  
L= bis 35 cm, B= bis 30 c

- e) Urnenwahlgräber (1-stellig):  
L= bis 50 cm, B= bis 40 cm

Bei mehrstelligen Urnenwahlgräbern gilt als Höchstmaß für die Breite ein Maß von 3 0 cm mal Anzahl der zum Grabverband gehörenden Grabstellen.

Insgesamt dürfen jedoch 80 cm nicht überschritten werden.

Als Höchstmaß für die Breite gilt ein Maß von 30 cm mal Anzahl der zum Grabverband gehörenden Grabstellen.

Insgesamt dürfen jedoch 100 cm nicht überschritten werden.

- (6) Für stehende und liegende Grabmale sind unter Berücksichtigung der Bruchgefahren die Mindeststärken gem. den Richtlinien für die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen (Herausgeber: Bundesinnungsverband des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks, BIV-Richtlinie in der aktuell gültigen Auflage) zu bemessen.
- (7) Das Aufstellen von provisorischen Grabmalen (z.B. einfache Holzkreuze, Tafeln, Schilder usw.) mit Namenszug ist vorübergehend und bis höchstens 9 Monate nach der Bestattung/Beisetzung erlaubt. Sie dienen als Orientierungshilfe zum Auffinden der Grabstätte und ersetzen kein Grabmal gemäß dieser Satzung. Das Aufstellen bedarf keiner besonderen Genehmigung, muss jedoch vorher schriftlich mit einem entsprechenden Formular angezeigt werden. Nach Ablauf der o.g. Frist, ist das Provisorium vollständig zu entfernen.
- Wird trotz schriftlicher Aufforderung innerhalb einer angemessenen Frist eine fehlende Anzeige nicht nachgeholt oder ist das provisorische Grabmal nicht nach Ablauf des 9-monatigen Zeitraums wieder abgebaut, kann der Friedhofsträger die Entfernung auf Kosten des Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten vornehmen. Provisorien auf anonymen Gräbern, Gräbern im Rasenfeld und auf dem Aschenstrefelfeld sind nicht zulässig.
- (8) Die Errichtung von Grabmalen auf anonymen Grabfeldern oder im Aschenstrefelfeld ist unzulässig.
- (9) Für die Errichtung von Grabmalen (Steinplatten) auf den Grabstätten im Rasenfeld gilt § 13 Abs. (4) entsprechend.  
Die Steinplatten werden als nicht geneigt angeordnete Liegesteine in der Größe 40 X 40 cm und in der technisch erforderlichen Plattenstärke errichtet.
- (10) Einfassungen sind erlaubt; es gelten die Vorschriften gemäß § 21 Abs. 4 und 5.
- (11) Die Errichtung von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen auf dem Aschenstrefelfeld ist unzulässig.
- (12) Bei der Einbringung von Grabmalen und Einfassungen ohne Eckbereiche sind gleichzeitig zusätzliche Trittplatten im Sinne von § 31 Abs. 1c, Satz 1 u. 2, bzw. § 32 Abs. 3, Satz 1 u. 2 erlaubt. Diese sind im jeweiligen Antrag im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 24 anzugeben.

## § 23

### Besondere Grabmale

- (1) Soweit es der Friedhofsträger innerhalb der Gesamtgestaltung unter Beachtung des § 19 für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 21 und 22 für besondere Grabmale und auch besondere sonstige bauliche Anlagen zulassen, wobei die festgelegten Bestimmungen der Abteilungen mit allgemeinen und zusätzlichen Gestaltungsvorschriften grundsätzlich zu beachten sind. Er kann im Einzelfall eine Sondergenehmigung erteilen,

wenn diese zuvor formlos schriftlich oder elektronisch durch den Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten der Grabstätte bzw. dessen Auftraggeber zur Erstellung der Grabmalanlage oder baulichen Anlage beantragt wurde.

Für Einfassungen nach § 21 Abs. 4 sind Sondergenehmigungen ausgeschlossen.

- (2) Künstlerisch und historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Der Friedhofsträger kann die Zustimmung zur Änderung oder Entfernung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Die zuständigen Denkmalschutz- und Pflegebehörden sind nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen.

## § 24

### Genehmigungsverfahren

- (1) Grabmale, Einfassungen (ggfls. mit Eckbereichen) und sonstige bauliche Anlagen dürfen nur nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien für Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen, Herausgeber: Bundesinnungsverband des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks; BIV-Richtlinie in der aktuell gültigen Auflage) von nach § 5 dieser Satzung angezeigten Gewerbetreibenden (Steinmetz- und Bildhauereibetrieben) eingebracht werden. Jede Einbringung, Errichtung und/oder Veränderung von Grabmalen, Einfassungen oder baulichen Anlagen bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Friedhofsträgers. Dies gilt auch bei Umsetzungsvorhaben von bereits bestehenden Grabmalen, Einfassungen oder baulichen Anlagen. Die Anträge sind durch die Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten oder in deren Auftrag durch nach § 5 dieser Satzung angezeigten Gewerbetreibenden zu stellen.
- (2) Den Anträgen sind zweifach beizufügen:
- a) ein Entwurf oder Zeichnung/Skizze des Grabmals oder baulichen Anlage im Grundriss und Seitenansicht unter Angabe aller erforderlichen Maße, des Materials, der Farbe, seiner Bearbeitung, der Anordnung und Inhalt der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung und Befestigungsart.
  - b) soweit erforderlich Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung sowie der Maße.
  - c) Inschriften, Texte und Zeichen sind bei Vorlagen in anderen Sprachen durch eine deutsche Übersetzung zu belegen.
  - d) bei der Anbringung eines QR-Codes oder eines anderen vergleichbaren maschinenlesbaren Verweises ist der Inhalt der hinterlegten Internetseite zum Zeitpunkt des Antrags vollständig anzugeben.
  - e) bei Einfassungen ist eine Zeichnung im Grundriss / Skizze gemäß den Maßangaben nach § 21 Abs. 4 vorzulegen.
  - f) bei gleichzeitig einzubringenden Trittplatten eine Zeichnung unter Angabe des Materials, Maßen und der Anzahl der Platten.
  - g) Bestätigung oder Unbedenklichkeitszertifikat gem. Abs. 3 einschließlich dem durch die Verwaltung zur Verfügung gestellten Erklärungsformulars zu § 4a Bestattungsgesetz NRW und dem Nachweis des ggfls. unveränderlichen Siegels am Material durch ein Foto.

Alle Unterlagen können auf dem elektronischen Weg übermittelt werden.

- (3) Im Fall von Grabmalen, Grabeinfassungen (ggfls. mit Eckbereichen) und sonstigen baulichen Anlagen aus Naturstein ist dem Friedhofsträger mit dem Antrag entweder eine Bestätigung (Einfuhr- oder Herkunftsnachweis) darüber, dass das Material aus einem Staat stammt, in dem bei der Herstellung von Naturstein nicht gegen das Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit verstoßen wird (Positiv-Liste) oder die Bestätigung (Unbedenklichkeitszertifikat) einer anerkannten Zertifizierungsstelle darüber, dass die Herstellung ohne schlimmste Formen der Kinderarbeit erfolgte und die Steine durch das Aufbringen eines Siegels oder in anderer Weise unveränderlich als zertifiziert gekennzeichnet, vorzulegen.
- Die vorstehenden Regelungen gelten für alle Grabmale und Grabeinfassungen aus Natursteinen, die seit dem 01.02.2020 in das Bundesgebiet eingeführt und eingebracht wurden. Steine, die vor dem 01.05.2015 in das Bundesgebiet eingeführt wurde, benötigen keine Zertifizierung und können ohne Siegel eingebracht werden, es ist aber ein Nachweis über den Zeitpunkt der Einfuhr zu erbringen. In Ausnahmefällen können auch Eigenerklärungen akzeptiert werden.
- (4) Die Genehmigung erlischt, wenn von ihr nicht innerhalb eines Jahres nach der Erteilung Gebrauch gemacht worden ist.
- (5) Ohne Genehmigung oder in Abweichung der Genehmigung eingebrachte Grabmale, errichtete Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen können nach erfolgloser Aufforderung innerhalb einer angemessenen Frist, die Genehmigung nachzuholen oder die Genehmigung bei Abweichungen zu korrigieren oder die Abweichung am Grabmal, der Einfassung oder sonstigen baulichen Anlage zu korrigieren, auf Kosten des Nutzungs- oder Verfügungsberechtigten oder des jeweiligen Auftraggebers entfernt werden. Die Risiken hinsichtlich einer Beschädigung von Grabmalen, den Fundament und ggfls. Sockel, von Einfassung oder sonstiger baulicher Anlage verbleiben dabei beim Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten.
- (6) Im Falle von noch ausstehenden Gebühren beim Erwerb oder Verlängerung von Grabnutzungs- bzw. Verfügungsrechten an Grabstätte, ist eine Genehmigung zur Errichtung von Grabmalen, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen nicht möglich. Sobald die Gebühren ausgeglichen sind, kann die Genehmigung erteilt werden.

## **§ 25 Anlieferung**

- (1) Beim Liefern von Grabmalen, Einfassungen (ggfls. mit Eckbereichen) oder sonstigen baulichen Anlagen sind dem Friedhofsträger vor der Errichtung vorzulegen
- a) der Genehmigungsbescheid,
  - b) der genehmigte Entwurf,
  - c) die genehmigte Zeichnung / Skizze der Schrift, der Ornamente und der Symbole.
  - d) bei Anlieferung mit einem Fahrzeug die gebührenpflichtige Fahrgenehmigung unter Angabe des Fahrzeug-Typs und Fahrzeug-Kennzeichens.
  - e) die unveränderlichen Siegel gem. § 24 Abs. 3 im Falle von zertifizierten Grabmalen und Einfassungen (ggfls. mit Eckbereichen) aus Naturstein.
- (2) Die Grabmale, Einfassungen (ggfls. mit Eckbereichen) und die sonstigen baulichen Anlagen sind so zu liefern, dass sie am Friedhofseingang überprüft werden können. Vor Einbau erfolgt eine Einweisung an der Grabstätte durch das Friedhofspersonal. Die Einweisung und die damit verbundenen Regelungen werden schriftlich durch ein Protokoll von allen Beteiligten festgehalten und mitgezeichnet.

- (3) Erforderliche Messpunkte an der Grabstätte müssen vor Errichtung eines Grabmals oder einer baulichen Anlage mit dem Friedhofsträger abgestimmt werden.

## § 26

### Fundamentierung und Befestigung

- (1) Die Grabmale, Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen sind entsprechend ihrer Größe zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und bei einer Graböffnung auch benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
- (2) Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente richten sich nach den Richtlinien für die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen für Grabstätten (Herausgeber: Bundesinnungsverband des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks; BIV-Richtlinie in der aktuell gültigen Auflage). Der Friedhofsträger kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist. Bei der Fundamentierung von Einfassungen wird zusätzlich auf § 21 Abs. 4 verwiesen.
- (3) Nimmt ein Grabmal oder seine Fundamente soviel Raum ein, dass das ordnungsgemäße Einsenken der Särge behindert ist, so kann der Friedhofsträger die vorübergehende Beseitigung auf Kosten der Nutzungsberechtigten verlangen.
- (4) Die Einbringung von Grabmalen, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen darf nur durch zuverlässige Gewerbetreibende im Sinne von § 5 erfolgen, die für diese Tätigkeit über einen gegenüber dem Friedhofsträger nachgewiesenen Versicherungsschutz in Sinne des § 102 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) mit Deckungssummen in Höhe von mindestens einer Million Euro je Schadensfall sowohl für Personen- als auch für Sachschäden verfügen. Der Friedhofsträger kann Ausnahmen zulassen; ein Anspruch hierauf besteht nicht und es muss jedenfalls sichergestellt sein, dass die für die Einbringung verantwortliche Person (z.B. ein Ingenieur) über einen im Wesentlichen wirkungsgleichen nachgewiesenen Versicherungsschutz verfügt, die Maßnahme begleitet und sie gegenüber dem Friedhofsträger verantwortet.

## § 27

### Unterhaltung

- (1) Die Grabmale, Einfassungen und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in gutem und verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Verantwortlich für die Unterhaltung ist bei Erdreihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten der Verfügungsberechtigte, bei Wahlgrab- sowie bei Urnenwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Das gilt auch, wenn Teile davon wesentliche Zeichen der Zerstörung aufweisen. Bei Gefahr im Verzug kann der Friedhofsträger auf Kosten der Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen usw.) treffen.

Sind die Verantwortlichen nicht in der Lage oder weigern sie sich, trotz schriftlicher Aufforderung innerhalb einer angemessenen Frist, den ordnungswidrigen Zustand zu beseitigen, so ist der Friedhofsträger berechtigt, auf Kosten der Verantwortlichen das Grabmal, die Einfassung, die sonstige bauliche Anlagen oder Teile davon entschädigungslos zu entfernen; er ist nicht verpflichtet, diese Sachen aufzubewahren. Ist der Verantwortliche verstorben, oder nicht bekannt und nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, genügt als Aufforderung

eine öffentliche Bekanntmachung und ein sechswöchiger Aushang auf dem Friedhof. Danach ist der Friedhofsträger ebenfalls berechtigt, das Grabmal oder die baulichen Anlagen entschädigungslos zu entfernen.

- (3) Die Verantwortlichen haften für jeden Schaden, der durch Umfallen von Grabmalen, Einfassungen oder sonstigen baulichen Anlagen verursacht wird. Die Haftung des Friedhofsträgers bleibt unberührt; die Verantwortlichen haften dem Friedhofsträger im Innenverhältnis, soweit den Friedhofsträger nicht grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz trifft.

## **§ 28**

### **Vorzeitige Entfernung**

Grabmale, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen einschließlich der Fundamentierung dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung des Friedhofsträgers von der Grabstätte entfernt werden.

## **VII**

### **Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

## **§ 29**

### **Gestaltungsgrundsätze**

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Grundsätze des § 19 entsprechend der gesamten, dem Verfügungs- bzw. Nutzungsrecht nach erworbenen Grabanlage (alle im Zusammenhang räumlich erworbenen Grabstellen) gärtnerisch angelegt und dauernd instandgehalten werden. Dabei müssen mindestens 25 % der Grabanlage bepflanzt werden. Für die Herrichtung und ständige Pflege der Gräber sind die Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigten bis zum Ablauf der Ruhefrist bzw. Nutzungszeit verantwortlich.  
Die vollständige oder teilweise Gestaltung einer Grabstätte mit Rasen ist ausschließlich dem Friedhofsträger vorbehalten.  
Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der Flächen außerhalb der Grabstätten, insbesondere im unmittelbaren Umfeld eines erworbenen Grabverbandes, obliegt ausschließlich dem Friedhofsträger. Sollte dies von den verantwortlichen Grabberechtigten nicht beachtet werden, ist der Friedhofsträger berechtigt, die unzulässige Gestaltung auf Kosten der Verantwortlichen zu entfernen, nachdem dieser schriftlich im Rahmen einer angemessenen Frist zur Beseitigung aufgefordert worden ist.
- (2) Den Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigten ist freigestellt, ihre Grabstelle selbst herzurichten und zu pflegen oder diese Arbeiten von einem Gewerbetreibenden (Gärtnerei) ausführen zu lassen.
- (3) Grabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach Entstehung des Nutzungs-/ Verfügungsrechtes gärtnerisch hergerichtet werden. Diese Frist gilt auch für Wahlgrabstätten, die zum Zwecke der Vorsorge erworben wurden, zu einer vorhandenen Grabstätte zuerworben wurden, oder anlässlich einer Beerdigung durch den jeweiligen Nutzungsberechtigten nacherworben wurden. Ebenso gilt diese Frist, wenn ein Nutzungsrecht gem. § 16 Abs. 8 nach einem Jahr bei Ableben eines ehemaligen Nutzungsberechtigten von Jemandem neu übernommen wird, und wenn durch Wiedererwerb gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 danach einzelne neu zusammenhängende Gräber als Grabverband eine Umgestaltung erfordern.
- (4) Bei der Grabgestaltung und/oder Grabdekoration dürfen aus Gründen des Umweltschutzes unverrottbare Werkstoffe und jegliche Kunststoffe nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Trauergestecke, -kränze oder andere Gebinde und sonstige Produkte der Trauerfloristik bis zu den abschließenden Arbeiten der Grabbereitung nach Bestattung/Beisetzung (üblicherweise nach ca. 6 Wochen) durch den Friedhofsträger, des Weiteren Grablaternen,

Grabvasen und Markierungszeichen. Nicht verrottbare Behältnisse sind in den gesondert bereitgestellten Abfallgefäßen nach Wertstoffen getrennt zu entsorgen.

- (5) Soweit Geräte (z.B. Gießkanne, kleiner Rechen) für die Grabpflege vor Ort verbleiben, müssen diese auf der Grabstelle selbst gelagert werden. Arbeitsmaterialien (z.B. Blumenerde in Säcken) und sonstige Gegenstände und Kleinzubehör (z.B. Töpfe, Schalen, Vasen, Grablichter etc.) dürfen nicht gelagert werden. Bei Zuwiderhandlung werden die Materialien und Gegenstände auf Kosten des Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigten vom Friedhofsträger abgeräumt und entsorgt, nachdem dieser im Rahmen einer angemessenen Frist zur Beseitigung aufgefordert worden ist.
- (6) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautvernichtungsmitteln (Herbiziden) ist nicht gestattet. Darunter fällt auch die Verwendung von Salzen (z.B. Streusalz).

### **§ 30**

#### **Vernachlässigung der Pflege bzw. der Gestaltung von Grabstätten**

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß gestaltet, gepflegt oder hergerichtet, haben die Verfügungsberechtigten bzw. der Nutzungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung dem Friedhofsträger die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt dieser seiner Pflicht nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, so kann der Friedhofsträger auf Kosten dieses Verantwortlichen die Grabstätte in Ordnung bringen oder bringen lassen.
- (2) Ist der Verantwortliche nicht bekannt und nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln oder verstorben, so erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung und ein sechswöchiger Aushang auf dem Friedhof und mit einem Hinweisschild auf der Grabstätte, sich bei dem Friedhofsträger zu melden.  
Bleiben diese Aufforderungen unbeachtet, wird die Grabstätte abgeräumt, eingeebnet und eingesät und Grabmale, Einfassungen und sonstige baulichen Anlagen beseitigt. Ersatzansprüche an den Friedhofsträger können danach nicht mehr geltend gemacht werden. Bei vernachlässigten Wahlgrabstätten erlischt die Möglichkeit zur Übertragung des Nutzungsrechtes gem. § 16 Abs. 8 innerhalb von einem Jahr nach Ableben des Nutzungsberechtigten. Die Grabstätte wird vom Friedhofsträger abgeräumt, eingeebnet und eingesät. Es bestehen keine Ersatzansprüche gegenüber dem Friedhofsträger.  
Sollte sich nach diesem Jahr jedoch ein neuer Nachfolger gem. § 16 Abs. 8 zum Grabrecht bekennen, kann das Nutzungsrecht mit den bestehenden Laufzeiten wieder zuerkannt werden. Nach Wiedereinsetzung des Grabrechtes sind die Gestaltungsgrundsätze des § 29 und alle anderen Regelungen dieser Satzung zur Vermeidung einer erneuten Vernachlässigung der Grabstätte zu beachten. Die Grabstätte ist nach Übertragung des Grabrechtes innerhalb von 6 Monaten in einen satzungsgemäßen Zustand zu bringen.  
Bestehende Verfügungsrechte bei Reihengrabstätten werden hierdurch nicht aufgehoben.
- (3) Bei Wahl- und Reihengrabstätten kann zusätzlich das Nutzungs- oder Verfügungsrecht ohne Entschädigungsansprüche entzogen werden.  
Vor dem Entzug ist der jeweilige Nutzungs- oder Verfügungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte innerhalb einer 2-wöchigen Frist in Ordnung zu bringen. In dem Entziehungsbescheid ist der jeweilige Nutzungs- oder Verfügungsberechtigte aufzufordern, die Grabstätte vollständig innerhalb von 3 Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides abzuräumen. Sofern die Grabstätten durch den Friedhofsträger abzuräumen und/oder einzuebnen und einzusäen sind und die anschließende Pflege bis zum Ablauf der Ruhezeit bzw. der Nutzungszeit durch den Friedhofsträger durchgeführt wird, hat der jeweilige Nutzungs- oder Verfügungsberechtigte die Kosten zu tragen.  
Ist der jeweilige Verantwortliche nicht bekannt und nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, so erfolgt anstelle der schriftlichen Aufforderung ein erneuter öffentlicher Aushang

von 3 Monaten und die Kennzeichnung durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte, sich beim Friedhofsträger zu melden. In dem öffentlichen Aushang wird auf die Rechtsfolgen gem. diesem Absatz hingewiesen. Anschließend kann der Friedhofsträger entschädigungslos die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen, Grabmale, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen werden beseitigt.

Ein Anspruch auf Wiedereinsetzung in das Nutzungsrecht besteht nicht.

Sollte das Nutzungs- bzw. Verfügungsrecht trotzdem wieder zuerkannt werden, gelten die Regelungen des Abs. 3 anschließend erneut.

Nach Wiedereinsetzung des Grabrechtes sind die Gestaltungsgrundsätze des § 29 und alle anderen Regelungen dieser Satzung zu beachten.

## § 31

### Abteilungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften

- (1) Die Grabgestaltung oder die Bepflanzung unterliegt keinen besonderen Anforderungen. Die nachfolgenden Einschränkungen dienen deshalb der Gefahrenabwehr und der Vermeidung beeinträchtigender Wirkungen auf Nachbargräber oder angrenzende Wege und Anpflanzungen.  
Der Gestaltungsgrundsatz des § 29 ist zu beachten.
- a) Die Anpflanzungen sind auf 2,00 m Wuchshöhe begrenzt und dürfen keinen Überwuchs auf Nachbargräber oder unmittelbar angrenzende öffentliche Flächen oder Anpflanzungen haben. Hecken sind nur als Einfassungshecke bis zu einer Höhe von 50 cm zulässig. Grabbeete dürfen nicht über 10 cm hoch sein. Gestaltungen unter ausschließlicher Verwendung von mindestens zu 50% bepflanzten Schalen / Gefäßen sowie zusätzlichem Grabschmuck darin, ist erlaubt.
  - b) Die punktuelle Gestaltung und Dekoration mit Kies, Splitt, Lava Mulch, Schieferbruch, Sand, Asche, Glas, Glasbruch oder ähnlichen / anderen dauerhaften Materialien (wie z.B. Folien – nur aus biologisch abbaubaren Materialien, wie z.B. Hanf oder Kokos-, Kacheln, Fliesen, Pflastersteine) darf nur in Verbindung mit gärtnerischer Gestaltung vorgenommen werden. Dabei dürfen insgesamt nicht mehr als 30% der bepflanzbaren Gesamtgrabfläche überschritten werden. Als flächiges Gestaltungselement dürfen die o.g. Materialien nur in Verbindung mit gärtnerischer Gestaltung ebenfalls bis zu 30% der bepflanzbaren Gesamtgrabfläche verwendet werden. Die Versickerung von Regenwasser in den Boden muss gewährleistet bleiben.
  - c) Trittplatten auf der Grabfläche müssen vereinzelt sein und dürfen in der Summe ihrer Einzelgrößen 20% der bepflanzbaren Grabfläche nicht überschreiten. Sie sind nur aus zweckdienlichen Gründen zulässig und nicht als flächiges Gestaltungselement anzuwenden. Daneben sind fest installierte Vasen, Schalen und Lampen auf einem kleinen Sockel erlaubt. Jegliche Form von Sockel z.B. als flache Platte, Quader o.ä. darf nur in vereinzelter Lage eingebaut werden.
  - d) Die ganz- oder teilweise lückenlose und bündige Abdeckung der Grabfläche mit einem festen dauerhaften Baustoff (z.B. mit einer Steinplatte oder sonstigen Materialien) ist nicht zulässig. Bei Grabstätten mit bereits bestehenden oder noch geplanten Einfassungen, sind in den jeweiligen Eckbereichen allerdings zusätzliche Eckstücke- bzw. platten aus dem gleichen Material erlaubt, wenn keine sonstigen Platten oder Sockel gem. Buchst. c) vorhanden sind. Alle diese Eckbereiche einer Grabstätte zusammen, dürfen bis zu insgesamt 30% der Gesamtgrabfläche groß sein, wenn nicht Buchst. b) (keine punktuelle oder flächige Gestaltung) angewendet wird. Weitere Vorgaben zu den Eckbereichen werden gem. § 21 Abs. 4 geregelt.

- e) Elemente zur Dekoration und Gestaltung oder zur Abtrennung z.B. zwischen den verschiedenen Grabbepflanzungen, dürfen nicht höher als 50 cm sein und müssen den üblichen Gepflogenheiten auf den Friedhöfen und dessen Charakter entsprechen. Es dürfen keine beeinträchtigenden Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung, insbes. auf Nachbargrabflächen ausgehen. Es dürfen für die Gestaltungen keine unverrottbaren Werkstoffe und Kunststoffe verwendet werden. Materialien aus Holz müssen aus nicht chemisch behandeltem Holz bestehen.
- f) Der Friedhofsträger kann nach eigenem Ermessen in Kindergrabfeldern unter Wahrung eines ausgewogenen Gesamtbildes abweichende Gestaltungen gestatten

## § 32

### Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften

- (1) Bei der Bepflanzung ist zu beachten, dass
  - a) nur solche Gehölze verwendet werden, die auf Nachbargräber nicht störend wirken oder sie in ihrer Eigenart beeinträchtigen,
  - b) Hecken nur als Einfassungshecke bis zu einer Höhe von 30 cm zulässig sind,
  - c) Grabbeete nicht über 10 cm hoch sein dürfen,
  - d) und die Wuchshöhe von Anpflanzungen auf 2,00 Meter begrenzt ist.
  - e) Alle Gewächse sind grundsätzlich in die Erde zu pflanzen. Zusätzlich können bepflanzte Schalen oder ähnliche Gefäße mit weiterem Grabschmuck aufgestellt werden.
- (2) Die punktuelle Gestaltung und Dekoration der Gräber mit Kies, Splitt, Sand, Asche, Glas, Glasbruch oder ähnlichen / anderen dauerhaften Materialien (wie z. B. Folien – nur aus biologisch abbaubaren Materialien, wie z.B. Hanf oder Kokos-, Fliesen, Kacheln, Pflastersteine) darf nur in Verbindung mit gärtnerischer Gestaltung vorgenommen werden. Dabei dürfen insgesamt nicht mehr als 20% der bepflanzbaren Gesamtgrabfläche überschritten werden. Als flächiges Gestaltungselement dürfen die o.g. Materialien nur in Verbindung mit gärtnerischer Gestaltung ebenfalls bis zu 20% der bepflanzbaren Gesamtgrabfläche verwendet werden. Die Versickerung von Regenwasser in den Boden muss gewährleistet bleiben.
- (3) Trittplatten auf der Grabfläche müssen vereinzelt sein und dürfen in der Summe ihrer Einzelgrößen 10% der bepflanzbaren Grabfläche nicht überschreiten. Sie sind nur aus zweckdienlichen Gründen zulässig und nicht als Gestaltungselement anzuwenden. Daneben sind fest installierte Vasen, Schalen und Lampen auf einem kleinen Sockel erlaubt. Jegliche Form von Sockel, z.B. als flache Platte, Quader o.ä. darf nur in vereinzelter Lage eingebaut werden.
- (4) Die ganz- oder teilweise lückenlose und bündige Abdeckung der Grabfläche mit einem festen dauerhaften Baustoff (z.B. mit einer Steinplatte oder sonstigen Materialien) ist nicht zulässig. Bei Grabstätten mit bereits bestehenden oder noch geplanten Einfassungen, sind in den jeweiligen Eckbereichen allerdings zusätzliche Eckstücke-bzw. platten aus dem gleichen Material erlaubt, wenn keine sonstigen Platten oder Sockel gem. Abs. 3 vorhanden sind. Alle diese Eckbereiche einer Grabstätte zusammen dürfen bis zu insgesamt 20% der Gesamtgrabfläche groß sein, wenn nicht Abs. 2 (keine punktuelle oder flächige Gestaltung) angewendet wird. Weitere Vorgaben zu den Eckbereichen werden gem. § 21 Abs. 4 geregelt.
- (5) Elemente zur Dekoration und Gestaltung oder zur Abtrennung z.B. zwischen den verschiedenen Grabbepflanzungen, dürfen nicht höher als 50 cm sein und müssen den üblichen Gepflogenheiten auf den Friedhöfen und dessen Charakter entsprechen. Es dürfen keine beeinträchtigenden Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung, insbes. auf Nachbargrabflächen ausgehen. Es dürfen für die Gestaltungen keine unverrottbaren Werkstoffe und

Kunststoffe verwendet werden. Materialien aus Holz müssen aus nicht chemisch behandeltem Holz bestehen.

## VIII **Ablauf und Rückgabe von Rechten an Grabstätten**

### **§ 33 Ablauf von Rechten an Wahlgrabstätten**

- (1) Mit Ablauf des Nutzungsrechtes können Wahlgrabstätten für einen gesamten Grabverband zurückgegeben werden.
- (2) Die vorzeitige Rückgabe von Nutzungsrechten eines pflegepflichtigen Grabverbandes ist unter folgenden Rahmenbedingungen möglich:
  - a) wenn die Ruhezeiten insgesamt bereits vor Ablauf des Nutzungsrechtes abgelaufen sind oder
  - b) bei einzelnen Grabstellen aus dem Grabverband, sofern diese Stellen rechts oder links außen liegen und darin noch keine Bestattung/Beisetzung stattgefunden hat oder
  - c) bei noch laufenden Ruhezeiten innerhalb eines Grabverbandes unter Auflagen, über die der Friedhofsträger im Einzelfall gesondert aufklärt und entscheidet.

Alle Gräber des Grabverbandes werden abgeräumt, eingesät und auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder dessen nachweislichem Vertreter bis zum eigentlichen Ablauf der Ruhezeit vom Friedhofsträger als Rasenpflege in Ordnung gehalten. Vorzeitige Rückgaben direkt nach einer Bestattung/Beisetzung dürfen frühestens nach Ablauf von 6 Monaten erfolgen. Mit der vorzeitigen Rückgabe erlöschen alle Rechte und Pflichten an den Grabstätten.

- (3) Die Übertragung von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten (für den gesamten Grabverband) bedarf der Zustimmung des Friedhofsträgers und richtet sich nach den Bestimmungen des § 16. Abs. (8).
- (4) Bei einer vorzeitigen Rückgabe erfolgt keine Gebührenerstattung aus dem Nutzungsrecht.
- (5) Die Rückgabe muss schriftlich durch den Nutzungsberechtigten bzw. seinem Vertreter erfolgen. Im Vertretungsfall ist die Berechtigung nachzuweisen, wie z.B. durch Vollmacht, Betreuungsurkunde usw.

### **§ 34 Ablauf von Rechten an Reihengrabstätten**

Mit Ablauf der Ruhezeit fallen alle Verfügungsrechte an Reihengrabstätten dem Friedhofsträger zur freien Benutzung wieder zu. Davon ausgenommen sind die Reihengräber, die nach § 13 Abs. 2 verlängert werden können.

Die vorzeitige Rückgabe von Verfügungsrechten an pflegepflichtigen Reihengrabstätten ist zulässig. Die Rückgabe muss schriftlich erfolgen. Die Zustimmung der vorzeitigen Rückgabe erfolgt unter Auflagen, über die der Friedhofsträger im Einzelfall gesondert aufklärt und entscheidet. Die Gräber werden abgeräumt, eingesät und auf Kosten des Verfügungsberechtigten oder dessen Vertreter bis zum Ablauf der Ruhezeit vom Friedhofsträger als Rasenpflege in Ordnung gehalten. Mit der vorzeitigen Rückgabe erlöschen alle Rechte und

Pflichten an der Grabstätte. Vorzeitige Rückgaben direkt nach einer Bestattung/Beisetzung dürfen frühestens nach Ablauf von 6 Monaten erfolgen.

### **§ 35 Abräumen**

- (1) Grabstätten sind innerhalb 6 Wochen nach Ablauf, Rückgabe oder Entzug durch Entwidmung/Schließung vom Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten vollständig abzuräumen und dürfen auch erst ab dem Ende des Nutzungsrechts bzw. Verfügungsrechtes abgeräumt werden. Dazu gehören insbesondere alle Einfassungen, Grabmale und / oder baulichen Anlagen einschließlich der Fundamente, alle Anpflanzungen einschließlich Wurzelwerk und alle Grabdekorationen. Vertiefungen sind auszugleichen und die Oberfläche ist ebenerdig zu hinterlassen.
- (2) Sind die Grabmale, oder sonstigen baulichen Anlagen einschließlich ihrer Fundamente und / oder alle Anpflanzungen und Grabdekorationen nicht fristgerecht nach den Bestimmungen gem. Abs. (1) entfernt worden, erlischt hierüber die Verfügungsgewalt. Die erforderlichen Abräumarbeiten werden auf Kosten des früheren Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten durch den Friedhofsträger ausgeführt. Dieser ist nicht verpflichtet, die abgeräumten Bestandteile des Grabes aufzubewahren.

## **IX Leichenzellen und Trauerfeiern**

### **§ 36 Benutzung der Leichenzellen**

- (1) Die Leichen werden, soweit es der Raum gestattet, in die Leichenzellen aufgenommen. Die Leichen sind in verschlossenen Särgen einzuliefern. Die Einlieferung und/oder Abholung einer Leiche ist in dem vorhandenen Zellennutzungsplan mit allen erforderlichen Angaben zu dokumentieren.  
Zweifelhafte oder fehlende Eintragungen sind auf Nachfrage des Friedhofsträgers durch die beteiligten Bestattungsunternehmen zu erläutern. Bei Einlieferungen im Auftrag der Kriminalpolizei ist zusätzlich das Formular zur Zelleneinlieferung, welches die Friedhofsverwaltung zur Verfügung stellt, ausgefüllt an den Friedhofsträger zu übermitteln. Die Zelle ist durch Anbringung eines Namensschildes zu kennzeichnen.
- (2) Befinden sich Wertgegenstände im Sarg, so hat der Einlieferer darauf hinzuweisen. Der Friedhofsträger übernimmt für diese Wertgegenstände keine Haftung.
- (3) Sofern keine gesundheitsbehördlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der vom Friedhofsträger festgesetzten Zeiten sehen. In der Regel haben sich die Angehörigen mit den von ihnen beauftragten Bestattungsinstituten für den Besuch in den Leichenzellen in Verbindung zu setzen. Die Säрге sind, sofern keine Genehmigung nach § 37 Abs. (6) vorliegt, spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung zu schließen.
- (4) Das Betreten der Leichenzellen ist nur mit Erlaubnis des Friedhofsträgers gestattet.
- (5) Die Säрге der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen sind in einer zu kennzeichnenden Zelle aufzustellen. Für die Kennzeichnung ist der Name der Verstorbenen, und dass eine infektiöse Erkrankung vorliegt, an die Zellentür anzubringen. Wird dieser Ster-

befall auf einem kommunalen Friedhof bestattet oder beigesetzt, ist die meldepflichtige Erkrankung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) ohne Nennung des Krankheitsbildes im Bestattungsantrag mitzuteilen.

- (6) Die Absätze 1 bis 5 gelten auch für die Räume im Untergeschoss der Friedhofskapelle an der Friedhofstraße auf dem kommunalen Friedhof Langenberg.

### **§ 37 Trauerfeiern**

- (1) Die Trauerfeiern können in den Friedhofskapellen oder am Grab abgehalten werden.
- (2) Die Benutzung der Friedhofskapellen kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
- (3) Für Trauerfeiern steht jeweils eine halbe Stunde (30 Minuten) zur Verfügung. Eine Verlängerung der Feier ist durch die Antragsteller oder deren Beauftragten zu beantragen und bedarf der Zustimmung des Friedhofsträgers. Die Benutzung der Friedhofskapelle wird für die erste angefangene halbe Stunde (30 Minuten) gemäß der Friedhofsgebührensatzung abgerechnet. Die weitere Benutzung der Friedhofskapelle wird je angefangene 15 Minuten gemäß der Friedhofsgebührensatzung abgerechnet.
- (4) Jede Musik- und jede Gesangsdarbietung auf den Friedhöfen bedarf der vorherigen Zustimmung des Friedhofsträgers. Die Auswahl der Musiker und der Darbietung muss gewährleisten, dass ein würdiger Rahmen gewahrt bleibt. Die Orgeln in den Friedhofskapellen dürfen grundsätzlich nur von den berechtigten Musikern gespielt werden.
- (5) Das Ausschmücken der Leichenzellen und der Friedhofskapellen wird vom Friedhofsträger ausgeführt. In begründeten Fällen können Ausnahmen zugelassen werden.
- (6) Für die Öffnung des Sarges während der Trauerfeier oder beim Begräbnis gelten die Vorschriften des § 11, Abs. (3) des BestG NRW

## **X Schlussvorschriften**

### **§ 38 Alte Rechte**

- (1) Bei Grabstätten, über die der Friedhofsträger bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungszeit und die Ruhezeit nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstandenen Nutzungsrechte ohne Begrenzung der Nutzungsdauer, oder für die Dauer der Benutzung des Friedhofs, werden, soweit sie nicht bereits durch Satzungen in den ehemaligen Städten Velbert und Langenberg/Rhld. begrenzt worden sind, auf die Nutzungszeiten nach § 16 Abs. 1 dieser Satzung seit Erwerb

begrenzt. Sie enden jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Satzung und der Ruhezeit der zuletzt beigesetzten Leiche oder Asche.

- (3) Im Übrigen gilt diese Satzung.

### **§ 39 Haftung**

Der Friedhofsträger haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Nutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhut- und Überwachungspflichten. Im Übrigen haftet der Friedhofsträger nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt. Bei der Anbringung von QR-Codes bleibt der Nutzungsberechtigte oder Verfügungsberechtigte für die Inhalte während der gesamten Nutzungs- bzw. Verfügungszeit Verantwortliche; der Friedhofsträger übernimmt keine Haftung für die Inhalte.

### **§ 40 Gebühren**

Für die Inanspruchnahme der in § 1 bezeichneten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sowie für die Genehmigung, Überprüfung und Abnahme von Denkmälern und sonstigen baulichen Anlagen, der regelmäßigen Kontrolle der Standsicherheit und die Genehmigungen, Überprüfungen und Abnahmen von Einfassungen, der Zustimmung und Durchführung von Ausgrabungen und Umbettungen und weiterer Verwaltungsleistungen des Friedhofsträgers werden Gebühren nach der Friedhofssatzung in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

### **§ 41 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
- a) als Besucher nicht die Totenwürde gem. § 4 Abs. (1) achtet oder sich nicht gem. Abs. (2) der Würde des Friedhofes entsprechend verhält oder den Weisungen des Friedhofspersonals nicht folgt,
  - b) die Verhaltensregeln des § 4 Abs. (4), Buchstabe a) bis c), e) und f) oder Abs. (5) missachtet,
  - c) entgegen § 4 Abs. (4), Buchstabe d) Totengedenkfeiern oder nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen ohne vorherige Zustimmung des Friedhofsträgers durchführt,
  - d) entgegen § 4, Abs. (4), Buchstabe g) die Wege mit Fahrzeugen befährt, für die keine Fahrgenehmigung durch den Friedhofsträger ausgestellt wurde, oder keine Einzelerlaubnis durch das Friedhofspersonal erhalten hat.
  - e) entgegen § 4 Abs. 4, Buchstabe h) eine Anzeige unterlässt; entgegen § 4 Abs.5 Fundament-Grabstein-oder Einfassungsreste auf dem Friedhof belässt.
  - f) als Gewerbetreibender entgegen § 5 Abs. (1) ohne vorherige Zulassung tätig wird, oder gem. § 5 Abs. 4 Abfall-Abraum-Rest- u. Verpackungsmaterial ablagert oder gem. § 5 Abs. (5) außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt.
  - g) als Gewerbetreibender entgegen § 5 Abs. (5) ohne Fahrerlaubnis auf dem Friedhof parkt oder ohne Berechtigung außerhalb der markierten Flächen auf dem Betriebshof des Nordfriedhofs parkt.
  - h) selbst oder als Beauftragter eine Bestattung/Beisetzung entgegen § 7 Abs. (2) beim Friedhofsträger nicht anmeldet und/oder die erforderlichen Unterlagen unvollständig, nicht fristgerecht und/oder nicht als Original oder als amtlich beglaubigte Kopie einreicht oder nach Aufforderung ergänzt.
  - i) die Frist gem. § 7 Abs. (5) schuldhaft überschreitet.

- j) entgegen § 12 Abs. (5) nicht seine gültige Meldeanschrift oder Änderungen dazu angibt und/oder sich bei erforderlichen Abweichungen sich nicht die Zustimmung der Friedhofsverwaltung eingeholt hat.
  - k) Abdeckungen entgegen den Bestimmungen des § 31 Abs. (1) d) sowie § 32 Abs. (4) errichtet.
  - l) trotz Aufforderung, das provisorische Grabmale nach 9 Monaten gem. § 22 Abs. (7) in Verb. mit § 21 Abs. (1) nicht entfernt und/oder die schriftliche Anzeige innerhalb einer angegebenen Frist nicht nachholt.
  - m) entgegen § 24 Abs. (1) Grabmale, Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen ohne Genehmigung einbringt oder errichtet und diese nach § 24 Abs. (5) nicht nach Fristsetzung nachholt oder die Genehmigung bei Abweichungen nicht korrigiert und/oder nach Errichtung die Abweichungen am Grabmal, Einfassung oder baulicher Anlage gemäß der Genehmigung nicht korrigiert oder gem. § 25 Abs. (1) die erforderlichen Unterlagen vor Errichtung nicht vorlegt oder gem. Abs. (2) sich vor Einbau nicht an der Grabstätte einweisen lässt oder gem. § 28 ohne vorherige Zustimmung Grabmale, Einfassungen oder bauliche Anlagen entfernt.
  - n) Grabmale, Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen entgegen § 26 Abs. (1) und (2) nicht fachgerecht befestigt und fundamentiert oder Grabmale, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen oder Teile davon entgegen § 27 Abs. (1) und (2) nicht in verkehrssicherem Zustand erhält,
  - o) unverrottbare Werkstoffe und Kunststoffe entgegen § 29 Abs. (4) verwendet oder so beschaffenes Zubehör, wie auch Gegenstände und Materialien gem. Abs. 5 nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten Behältern entsorgt, wie auch nach Abs. (6) das Verbot zur Verwendung von Pflanzenschutz- u. Unkrautvernichtungsmitteln (Herbiziden) nicht beachtet, u.a. Salze
  - p) Grabstätten entgegen den Gestaltungsgrundsätzen des § 29 vernachlässigt und oder diese nicht beachtet und die ihm gem. § 30 gesetzten Fristen für die Beseitigung der ordnungswidrigen Zustände missachtet.
  - q) Grabstätten entgegen den Gestaltungsgrundsätzen des § 29 vernachlässigt oder diese nicht beachtet und sich gem. § 30 Abs. 1, 1. Satz wiederholt zur Beseitigung der ordnungswidrigen Zustände auffordern lässt.
  - r) entgegen § 31 Abs. (1) b) und c) § 32 Abs. (2) u. (3) die Grabstätten gemäß der satzungskonformen Formulierung gestaltet und dekoriert.
  - s) die gem. § 35 Abs. (1) pflichtgemäße und fristgerechte Abräumung abgelaufener Grabstätten unterlässt.
  - t) gem. § 36 Abs. (1) die Einlieferung und/oder die Abholung einer Leiche nicht im Zellennutzungsplan dokumentiert und wer zweifelhafte und fehlende Eintragungen auf Nachfrage nicht erläutert und wer das erforderliche Formular zur Zelleneinlieferung nicht übermittelt und wer gem. Abs. (5) die Zellen nicht kennzeichnet.
- (2) Ordnungswidrig handelt, wer nach § 2 Abs. 3 der Friedhofsgebührensatzung in Verb. mit § 40 der Friedhofssatzung, dem Friedhofsträger nicht die gültige zustellungsfähige Meldeanschrift mitteilt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

## § 42 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Februar 2023 in Kraft.

## Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluss des Verwaltungsrates vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Anstalt öffentlichen Rechts vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 26.01.2023

gez. Dirk Lukrafka

Vorsitzender des Verwaltungsrates